Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 150 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Freitag, 18. Mai 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch, Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48 Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Moabit 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Dr. „DAZ" erscheint Sonntags und Montags nachm. 4 Uhr, sonst täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 9000 ℳ monatl.

In Fällen höherer Gewalt, vom Betriebsstörung, vom Streik oder sonstigen Einstellung des Bezieheds besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen: 1000,— ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

18. 5. a 150
Nr. 227
62. Jahrgang.

Sanierungsarbeit in Deutsch-Oesterreich.

Von unserem Berichterstatter.

Kbg. **Wien**, 15. Mai.

Seit fünf Monaten übt ein Vertrauensmann der großen und kleinen Entente, Dr. Alfred Zimmermann, in Deutsch-Oesterreich das Amt eines „Generalkommissärs des Völkerbundes" aus. Dr. Zimmermann hat über seine Tätigkeit bisher drei Berichte veröffentlicht. Dem Oesterreicher sagen diese Berichte wenig Neues, dem Ausland werden sie kaum eine ungeschönte Vorstellung geben von den schwierigen Verhältnissen, die eben durch die Sanierung erleichtert werden sollen. Ueber den Geist, in dem Dr. Zimmermann sein Amt auffaßt, und die Gedanken und Pläne, die er zur Sanierung vermirklichen will, unterrichten seine Veröffentlichungen nur sehr unzulänglich. Aufschlußreicher waren einige vertraulichste Preßverlautbarungen des Generalkommissärs, die allerdings erst dadurch, daß er ihre inhaltliche Richtigkeit bestritt, die peinliche Beachtung gefunden haben. Nach dem, was er bisher für Oesterreich zu um besteht war, darf man seinen guten Willen gelten lassen, Deutsch-Oesterreich im Geist und nach dem Buchstaben der Genfer Protokolle zu helfen. Man ist jedoch auch zu der Feststellung berechtigt, daß er den österreichischen Problemen mit größter innerer Fremdheit gegenübersteht.

Der Generalkommissär trat sein Amt in Wien an, bewaffnet mit dem finanziellen Schema, das ihm der Völkerbund an die Hand gegeben hatte. Dieses Schema besteht aus einem Zahlenbudget, das zur Neuordnung der Staatsfinanzen die Richtung angab, und dem kategorischen Imperativ, die Staatsausgaben sofort zu drosseln, die Einnahmen wesentlich zu erhöhen. Die Reformarbeit setzte beim stärksten Ausgabepoften, dem Aufwand für die Besoldung der Staatsangestellten, ein. (Der 60 Prozent der Gesamtausgaben ausmachte). Bis Ende März wurden rund 35 000 Staatsangestellte aus dem Staatsdienst ausgeschieden. 100 000 Staatsangestellte müssen infolgedessen entlassen oder pensiniert werden. Ueber die finanzielle Auswirkung des Beamtenabbaues wird ziemliches Stillschweigen bewahrt, sicher ist, daß zunächst Milliardenausgaben durch Abfindungen und laufende Belastungen durch vorzeitige beginnende Pensionierungen entstanden sind, und erst in der Zukunft ein Spareffekt erzielbar sein wird. Die umfassende Verwaltungsreform, die dem Beamtenabbau Hand in Hand gehen sollte, wird nun unter dem Druck des Generalkommissärs fünfmal so rasch durchgeführt, als eine Umgestaltung mit der Vereinigung mehrerer Ministerien in ein Ressort erreicht worden.

Reform und Sanierung im vollen technischen und finanziellen Sinn soll bei den Eisenbahnen stattfinden. In einem Gesetzentwurf der Regierung, den der Nationalrat sofort verhandeln wird, ist als wesentliche und entscheidende Neuerung vorgesehen, daß die Bahnen in die Form des Bundesbetriebes, eines selbständigen Wirtschaftskörpers, ähnlich einer Aktiengesellschaft übergeführt werden, selbständiges Kapital und Rechtsfähigkeit und statt der Bundesräten einen Bahnrat als Leiter erhalten. Diese Maßnahme könnte für das Budget und die österreichische Wirtschaft von außerordentlicher Bedeutung werden, wenn es gelingen sollte, das Defizit der Bahnen zu verringern und durch ihre Zahlpolitik die heimische Wirtschaft zu fördern. Es sauchen jedoch Gerüchte auf, welche die Verselbständigung der Bahnen nur als ein Vorspiel zur Auflösung an das Entente-Kapital bezeichnen, und das läßt es gerechtfertigt erscheinen, man den Bundesrat mit einem gewissen Mißtrauen folgt. Bekanntlich ist die Schiffahrt bereits fast ganz in englischen Händen, und es entspricht wohl der Politik England und seiner Finanzmagnaten, zwecks der Verkehrslinien eines Landes zu erwerben und dann schnittweise weiter vorzugehen. Zunächst wird nur ein englischer „Beratischer" für die Reform der Bahnen von Dr. Zimmermann herbeigeholt, der bei seinem Eintreffen allerdings durch die Regierungsvorlage die Sanierungsfrage, wenn auch in einem etwas vorgeschrittenen Stadium trifft. Die Vorliebe des Generalkommissärs für ausländische Berater und Fachleute dürfte auch beim Tabakmonopol bald zur Verwirklichung eines ausländischen Konsulenten führen; jedenfalls soll auch das Tabakmonopol fast ganz bereits sich eine ähnliche Entwicklung vorzubereiten.

Es ist deshalb erkennbar, daß die Sanierung eine weitgehende Entfremdung der bisher vom Staat geleiteten Betriebe zum Ziel hat und daß damit Neuerungen im Gange sind, die für Oesterreichs Gebiet oder Bevölkerung — und seine künftige außenpolitische Orientierung — von größter Bedeutung sind.

Neben der Sanierung des Bundes wendet sich das aktuellste Interesse der Unterbringung der internationalen Anleihe für Oesterreich zu, für die sehr günstige Vorbedingungen geschaffen werden können. Einen 50—60 Millionen Goldkronen wird die Regierung in Oesterreich selbst begeben, die Hilfe des New Yorker und Londoner Finanzmarktes scheint durch die ausgezeichnete Bonnität des Oesterreichischen Gesandten in London, Frankenstein, sehr gesichert.

Die bisherigen Ergebnisse der Sanierungsarbeit im allgemeinen und im besonderen das Verdienst des Generalkommissärs daran können natürlich nur in der Wirkung beurteilt werden. Die Genfer Protokolle haben den Boden geschaffen für die Arbeit als solche, sie haben den Generalkommissär mit einer größeren Macht ausgestattet, als irgendeine Regierung sie haben könnte, und sie haben gleichzeitig zu einer weitgehenden Entpolitisierung Oesterreichs geführt, was sicher zwar durchaus nicht beklagt wird, aber doch ein ziemlich autokratisches Regime über ermöglicht, für welches der „außerordentliche Bevollmächtigte" nur ein sehr bescheidenes demokratisches Feigenblatt abhält. Viel sichtbarer, als alle Sanierungsmaßnahmen, prägen sich dem Ausland gegenüber die Stabilisierung der Krone aus; die „Oesterreichische Nationalbank" hat bisher ihr Programm erfüllt und damit Ruhe und Sicherheit geschaffen, wobei ihr eine fest Oesterreichische Währung und Oesterreich Zukunft nicht zu unterschätzende Unterstützung aus London zuteil wurde.

Soll abschließend noch in wenigen Worten begründet werden, warum die „inneren Fremdheit" des Generalkommissärs gegenüber den österreichischen Problemen gefehlen wird. Nach seinem letzten Bericht geht deutlich hervor, daß er die Sanierung der Staatsfinanzen als eine für sich zu behandelnde Angelegenheit ansieht, während die wirtschaftlichen und sozialen Probleme von ihm bisher kaum berührt worden sind. Diese Probleme glaubt er anscheinend durch einen energischen Abbau der Sozialpolitik und Förderung der Kaufmannsrung lösen zu können. Jeder Versuch, die sozialpolitischen Einrichtungen gewaltsam, ohne Einvernehmen mit den Gewerkschaften zu beschränken, wird hier zu schweren Krisen führen. Schon die bloße Absicht hier zuzugreifen, wirkt verstimmend und macht der Regierung eine schlechte Wahlmusik.

Widerstand gegen die deutschen Rückfragen in London.

Die englische Regierung lehnt jede Verantwortung ab.

A. **London**, 18. 5. (Eigenbericht.)

Die Bemühungen der deutschen Regierung, in London genaue Auskunft über die englischen Wünsche zu erlangen, stoßen allem Anschein nach auf erheblichen Widerstand. Durch den offiziösen Mitarbeiter des „Daily Telegraph" lassen die in Frage kommenden Stellen heute betonen, daß die englische Regierung nicht in diplomatische Diskussionen über die Note einlassen könnte, die eine Annäherung mit Vorverhandlungen haben würden. Da sie somit von vornherein hinsichtlich der kommenden deutschen Note sich festlegen würde, würde man in Deutschland und anderwärts nicht verstehen, der englischen Regierung damit eine Verantwortung zuzumuten, die sie keineswegs zu übernehmen die Absicht habe. Uebrigens könne die deutsche Garantiefrage am besten von den deutschen Sachverständigen entschieden werden, während hinsichtlich der Totalsumme England keine Ansichten bereits im Januar klar dargelegt habe.

Der Mißerfolg der deutschen Bemühungen, von London genaue Auskunft zu erhalten, kann nicht überraschen. Der Grundgedanke der englischen Politik besteht darin — und das wird hier immer wieder betont — keine Verantwortung zu übernehmen. Darüber hinaus hat das Londoner Kabinett sogar ein starkes Interesse daran, die Zweideutigkeiten in ihren Aeußerungen aufrecht zu erhalten, weil es daraus für seine Verhandlungen mit Paris Nutzen ziehen kann. Diese von Deutschland eingeschlagenen Bemühungen, die sich mehr durch Dummheit als durch klares Erkennen der englischen Politik auszeichnen, sind auch aus anderen Gründen völlig verfehlt und können nur zu Mißerfolgen führen. Dem gleichen Ziel zufolge soll von den deutschen Sachverständigen ein neuer Plan vorgeschlagen werden, der eine Leistung von 50 Milliarden Goldmark innerhalb 25 Jahren in irgendeiner Form vorsieht. Die Zahlungen sollen mit 1 Milliarde Goldmark für die ersten Jahre beginnen und alle weiteren fünf Jahre um je eine halbe Milliarde jährlich gesteigert werden. Was die Nutzlinie anbelangt, so sei diese Angelegenheit ungeheuer heikel, und der kleinste Fehlschritt in der neuen Note könnte verhängnisvoll werden. Andererseits ist man der offenbar, daß ein Höchstgebot Deutschlands auch von der Höchstleistung der deutschen Industrie abhängig ist und daß die enormen Forderungen, die heute die Regierungen der deutschen Industrie beeinträchtigen, durch irgendeine Formel der Verständigung beseitigt oder doch vermindert werden müßten. Eine solche Formel liefe sich vielleicht im Anfangsstadium der Verständigung finden, es könnte jedoch auch passiert sein, die Beratungen über diesen Punkt ausschließlich, der die Beziehungen über die Reparationsfrage einer Lösung näherzurücken.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß diese unbestimmten und allgemeinen Redensarten eine starke Mehrheitsheit auch mit der Sprache der amtlichen Stellen haben müßen. Es gehört — wie gesagt — eine gute Portion von Harmlosigkeit dazu, wenn man auf deutscher Seite solche Wendungen, die sich fast nach jeder Seite hin interpretieren lassen, zur Grundlage eines neuen Planes glaubt machen zu können. Insbesondere geht auch aus dieser Information des „Daily Telegraph" wieder deutlich hervor, daß die englischen Stellen in der Ruhrfrage über ganz unverbindliche und zweideutige Meinungsäußerungen nicht hinausgehen wollen. Auch hier muß anheimen wiederum wie der Möglichkeit gerechnet, daß die Ruhrfrage erst nach der Reparationsfrage zur Besprechung kommen könnte. Diese Reihenfolge, die nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen unmöglich ist, sondern auch weitreichende politische Folgen haben könnte, muß unter allen Umständen vermieden werden. Es ist für Deutschland so gefährlich, daß der Gedanke eines Waffenstillstandes im Ruhrgebiet, der gestern abend abermals von dem Pariser Vertreter des „Times" empfohlen wird, noch vorzugsweise wäre.

Revision im Krupp-Prozeß verworfen.

Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Müller

Düsseldorf, 18. 5. (W. T. B.) **Die gegen das Werdener Urteil von Herrn Krupp von Bohlen und Halbach sowie den Krupptschen Direktoren eingelegte Revision wurde heute von dem Revisionsgericht in Düsseldorf verworfen; sogleich ist die von dem Betriebsratsmitglied Müller eingelegte Revision zugelassen worden, und es wird daher über diesen Fall das Werdener Prozeßtest erneut vor dem Düsseldorfer Kriegsgericht verhandelt werden.**

Paris in Erwartung des deutschen Angebots.

Treibereien gegen die Regierung Cuno.

S. **Paris**, 18. 5. (Eigenbericht.)

Alle Blätter ergehen sich heute in Mutmaßungen über das bevorstehende neue deutsche Angebot. Dabei wird natürlich allerlei unkontrollierbaren Gerüchten namentlich auch über Persönlichkeiten weiterer Spielraum gegeben. Auf der anderen Seite fehlt es allerdings noch nicht an Bemühungen, Unstimmigkeiten zwischen der Regierung und der Industrie hervorzurufen und eine Partei gegen die andere auszuspielen, kurz, aus den Unstimmigkeiten den größten Nutzen für die imperialistischen Pläne Frankreichs zu ziehen, um dadurch das „gute Recht Frankreichs" vor aller Welt darzutun. Jedenfalls ist man hier höchst gespannt darauf, was das neue deutsche Angebot enthalten wird, da dieses die gesamte Außenpolitik in größtem Maße beeinflussen würde.

Der „Matin" schreibt heute: Man kann mit Sicherheit voraussagen, daß der neuen deutschen Repartationsnote so viele andere nachfolgen werden, als notwendig sein wird, damit Deutschland seine Zwecke erreiche. Man muß hoffen, daß das englische Kabinett die Kniebeit haben wird, in dieser ganzen Geschichte seine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Es ist Dr. Cuno unmöglich, eine höhere Reparationssumme anzubieten, da er früher erklärt hat, das Maximale angeboten zu haben. Die Garantien werde er allerdings unter dem Einfluß der Sozialisten deutlicher benennen. Die Belgier wünschen lebhaft, daß Frankreich es nicht ablehnen möge, mit England und insbesondere mit Italien zu sprechen. Falls die deutsche Schuldenkumme nicht verminbert werden könnte, weil England es ablehnen würde, die Frage der interalliierten Schulden erörtern zu lassen, so hätte eine Besprechung mit England auch den Vorteil, daß die englische Regierung die Verantwortung daher hätte, daß die deutsche Reparationssumme nicht verminbert werden könne.

Das „Petit Journal" führt aus: Herr Cuno scheint nicht daran zu denken, Frankreich und Belgien wirkliche Pfänder für die Sicherheit zu geben und auch nicht die Entscheidung der Alliierten über die eingeweinelte Räumung des Ruhrgebietes nach Maßgabe der deutschen Zahlungen anzunehmen. Die neuen deutschen Angebote haben nicht den Zweck, auf einfache Weise die Reparationsfrage zu lösen, sondern Frankreich, England und Amerika in einen Konflikt zu bringen.

Frankreich verlangt volle Kapitulation.

Ein merkwürdiger „Waffenstillstand".

London, 18. 5. (W. T. B.)

Dem Pariser Berichterstatter der „Times" zufolge wurde in den Wandelgängen der französischen Kammer der „Waffenstillstandsplan" für das Ruhrgebiet weiter erörtert. Nach Ansicht des Berichterstatters würde dieser sogenannte Waffenstillstand dazu führen, daß das nächste deutsche Angebot erstarr geprüft wird. Von besonderem Interesse sei es, daß einer der französischen Deputierten, der über diesen Gedanken gesprochen habe, ein Industrieller sei, der, wie angenommen werden könne, über die deutschen Absichten besonders gut unterrichtet sei. Der Berichterstatter faßt die Bedingungen dieses Waffenstillstandes, der allen formellen Erörterungen vorausgehen müsse, verschiedenartig in folgende vier Punkte zusammen:

1. Deutschland müsse feierlich alle Erlasse und „Gebeimmanöver" zurückgehen, die die Ausführung der Pläne durch die Bergwerker und Eisenbahner sowie die Weigerung der Mitarbeiter deutscher Beamten im Ruhrgebiet zum Zweck habe.

2. Die Arbeiter und Beamten müßten ihre gewohnten Aufgaben wieder aufnehmen und dürften nicht gemäß dem Versailler Vertrag gekündigten Kohlenlieferungen keine Obstruktion entgegenstellen.

3. Frankreich müßte feierlich „während es seine Truppen aber Ruhrgebiet nicht zurückgiebt", eine „rein überwachende Haltung einnehmen" und, so weit wie möglich, die Besetzung mehr passiv als aktiv gestalten.

4. Die Wiederherstellung des normalen industriellen und zivilen Lebens im Ruhrgebiet müsse vorhanden bis zu dem Augenblick, in dem eine Regelung zustande komme oder der Versuch einer Regelung wieder aufgegeben werde.

Der Freiballon Bitterfeld I in der Ostsee verunglückt.

Stockholm, 18. 5. (Wtb.) **Am Mittwoch verunglückte der deutsche Freiballon „Bitterfeld I" zwischen der Insel Bornholm und dem schwedischen Festlande. Der Ballon fiel in den schwedischen Schären gebogen worden. Von den Insassen fand man keine Spur. Es ist deshalb anzunehmen, daß sie umgekommen sind.**

Lord Curzons Verhandlung mit Krassin.

England verlängert das Ultimatum.

Ueber die bereits im Morgenblatt gemeldete gestrige Unterredung zwischen Lord Curzon und Krassin werden nunmehr nachstehende Einzelheiten bekannt.

London, 18. 5.

In den Besprechungen zwischen Lord Curzon und Krassin, die in Gegenwart der Unterstaatssekretäre Max Neill und Sir Hyre Crewe stattfanden, betonte Lord Curzon den Ernst der der Sowjetregierung zur Last gelegten Tatsachen in einem längeren Exposé. Hin und wieder unterbrach Krassin sie und machte eine Reihe von Einwendungen. In der Frage der Schiffe gzigte sich Krassin entgegenkommend und soll sich bereit erklärt haben, den englischen Forderungen hinsichtlich der Verfolgung Eidbrüchiger Persönlichkeiten nachzugehen. In der Frage der Propaganda gegen England hat Krassin erklärt, daß er von seiner Regierung neue Instruktionen erbitten müsse. Lord Curzon erklärte sich damit einverstanden, ebenso mit der Verlängerung der Frist von zehn Tagen, die das englische Ultimatum ursprünglich aufstellte und die morgen abläuft. Eine neue Zusammenkunft ist erst geplant, wenn Krassin nähere Instruktionen aus Moskau erhalten hat.

Der „Times"-Korrespondent in Riga meldet, die Angriffe gegen die englische Regierung in Moskau dauern fort. Diese feindselige Haltung gibt sich in Broschüren und lärmenden Demonstrationen in den Straßen Moskaus kund. Russische Blätter erzählen, daß dabei Bildnisse von Lord Curzon und Mussolini auf Stangen gehängt durch die Straßen getragen wurden.

Lord Curzon beim englischen König.

London, 18. 5. (W. T. B.) **Lord Curzon wurde gestern abend im Buckingham-Palast zum Dinner in hofsitzmäßiger Kleidung empfangen.** „Daily Telegraph" zufolge hat die Frage der englisch-russischen Beziehungen gewissermaßen einen Teil der Besprechungen ausgefüllt.

Poincaré über die „Garantien".

Paris, 18. 5. (W. T. B.) Auf eine Anfrage des sozialistischen Abgeordneten Vincent Auriol hat Poincaré seine früheren Erklärungen, betreffend die Aufrechterhaltung der französischen Forderungen, auf Grund des Londoner Zahlungsplanes bestätigt. Nach seiner Auffassung kommt die Herabsetzung der deutschen Schuld nur mit Hilfe einer Konsolidierung der interalliierten Schulden in Betracht. Der Abgeordnete Paul Reynaud fragte Poincaré, ob die Besetzung des Ruhrgebietes mit der Sicherheitsfrage in Zusammenhang stehe. Hierauf antwortete der Ministerpräsident verneinend und fügte hinzu, daß das linke Rheinufer als Garantie der französischen Sicherheit genüge.

Frankreich und das Washingtoner Abkommen.

Paris, 18. 5. (T. U.) Einer Meldung des „New York Herald" zufolge drängt Poincaré darauf, daß die französische Kammer nach Erledigung der Ruhrdiskussion und der wichtigeren Staatsbaushaltsfragen das Washingtoner Abkommen noch vor den Sommerferien ratifiziere.

Hölleins Freilassung abgelehnt.

Paris, 18. 5. (W. T. B.) Die Kammer hat gestern nach lebhafter Debatte eine Reihe von Interpellationen zurückgestellt, darunter auch eine solche, die die provisorische Freilassung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Hölein verlangte. Die Interpellation wurde auf Verlangen des Justizministers mit 395 gegen 129 Stimmen zurückgestellt.

Bonar Laws Pariser Aufenthalt.

S. **Paris**, 18. 5. (Eigenbericht.) Eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und dem augenblicklich in Paris weilenden Bonar Law ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Der englische Premier, der noch wie vor seit gar nicht jemehren kann, hat sich auf Anraten der Aerzte die größte Schonung auferlegt, immerhin ist mit einer Besprechung zwischen den beiden Politikern mit aller Bestimmtheit zu rechnen.

Reichsregierung und Antwortnote.

Wie wir hören, ist kaum damit zu rechnen, daß die Reichsregierung vor Ende nächster Woche den erwarteten Schritt in der Reparationsfrage tun wird.

Frankreichs Interesse am Raub der Rheinlandbahnen.

S. **Paris**, 18. 5. (Eigenbericht.) Die unter der Internationalisierung der Eisenbahnen des Rheinlandes spielt augenblicklich eine große Rolle in französischen Interessentenkreisen, die unter Führung des Abg. Charles Prey den Anschluß der französischen Eisenbahnen an das französische Ost-Bahn-Gesellschaft betreiben. Für die Internationalisierung der Rheinlandbahnen legt sich auf alle deutschfeindlichen Scheingründen Irrigens auch besonders der Handelskammer Belfort ein. Der französische Minister der öffentlichen Arbeiten, Le Troquer, scheint dem Plane gewogen zu sein. Dadurch erwachsen aber den Anstoßgern des Anschlusses der elsaß-lothringischen Bahnen an das französische Netz keine geringen Schwierigkeiten, da die elsaß-lothringischen Bahnen eine viel größere Bedeutung als natürliche Fortsetzung des rheinischen Nordsüd-Verkehrs haben als die des französischen West-Ost-Verkehrs.

Alliierte Sorgen um die Lausanner Konferenz

Abbruch der türkisch-griechischen Verhandlungen.

S. **Paris**, 18. 5. (Eigenbericht.)

Obgleich am Lunzi-Orient die Tage in Tagen als durchaus nicht ungünstig hingestellt wird, beunruhigen die heutigen Morgenblätter die Lage auf dem Balkan durchweg pessimistisch. Allgemeinen fast alle Blätter heute aus Lausanne berichten, daß die Verhandlungen zwischen Benajsios und Ismet Pascha als ergebnislos abgebrochen seien. Damit wäre die Gefahr einer früheren oder späteren Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht von der Hand zu weisen. Die Reparationsfrage sei für die griechische wie für die türkische Regierung eine reine Prestigefrage, die mit Rücksicht auf den augenblicklichen Wahlkampf in Angora und auf die wachsende Unpopularität der griechischen Regierung neuen großen finanziellen Schwierigkeiten noch erhöhte Bedeutung gewinne. Sowohl in Athen wie auch in Angora lasse daher die Ziehung des Ultimatums. Die alliierten Regierungen, so wird daraus geschlossen, müßten jetzt ihren ganzen Einfluß geltend machen, um einen drohenden Abbruch der Lausanner Konferenz, hoffe es was es wolle, zu vermeiden.

Das Schicksal der anatolischen Bahnen.

Paris, 18. 5. (T. U.) Die türkische Delegation in Lausanne teilte gestern mit, daß die anatolischen Eisenbahnen unmittelbar ihrem türkischen Besitzer, der Türkischer Bank für orientalische Eisenbahnen, übergeben würden. Herr Huguenin ist bereits in Konstantinopel eingetroffen, um die Organisation der Verwaltung in die Wege zu leiten.

Angriff von Kommunisten auf die Polizei.

Dortmund, 18. 5. (W. T. B.) Im Anschluß an eine Versammlung streikender Bergleute der Zechen Kaiserstuhl 1 und 2 hielten sich stärkere Demonstrationszüge, an denen Spitze sich mehrere kommunistische Hundertschaften, mit Knüppeln und Hacken bewaffnet leiten. Der Zug bewegte sich zur Hohe Mitnister Straße, um die dort Arbeitenden zur Arbeitseinstellung zu bewegen. Die Zeche war von Polizeibeamten des berüchtigten Bezirks besetzt. Die Beamten wurden mit Stöcken und Steinwürfen von den Demonstranten angegriffen, auch fielen mehrere Schüsse aus der Menge. Ohne Hinzukommen einer Verstärkung waren die Beamten überwältigt worden. Im Augenblick des Eintreffens der Verstärkung, die dann mit einem Steinhagel empfangen wurden, waren die Leute der Zeche geöffnet worden. Die Polizeibeamten machten sich von der Halde Gebrauch. Hierbei wurde ein Zivilist lebensgefährlich verletzt. Die Polizei war gezwungen, gegen die Demonstranten vorzugehen und den Platz zu säubern. — Von den Polizeibeamten wurden durch Steinwürfe und Messerstiche 6 schwer und 3 leichter verletzt.

Die Frankfurter Feier.

Frankfurt a. M., 18. 5. Die Bevölkerung hat in dichten Massen den gesammten Platz am Römerberg und die an ihm stehenden Häuser besetzt und die Fenster und Balkone waren in reichem Flaggenschmuck zum Ausdruck gebracht. Der nationale Charakter der Feier kam dadurch eine starke Betonung, daß neben dem Reichspräsidenten und verschiedenen Reichsministern auch Parlamente erschienen waren, unter denen besonders lebhaft auch eine Abordnung des Interessirten Nationalrates begrüßt wurde. Erinnerungen an die 48er Feier weckten die der Feier beiwohnenden Nachkommen bekannter deutscher Parlamentarier u. a. Freiherr von Gagern, der Sohn des Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung, und Tochter Wilhelm Jordans und der Enkel Simsons, des Vizepräsidenten der Frankfurter Nationalversammlung.

Der Reichspräsident mit den übrigen Gästen traf um 8½ Uhr mit Sonderzug auf dem Hauptbahnhof ein und wurde von den Vertretern der staatlichen und städtischen Körperschaften sowie von Abordnungen hiesiger und bayerischer Organisationen begrüßt. Um 11 Uhr vereinigten sich die geladenen Gäste in den historischen Räumen des Römer, wo im Kaiserzimmer die Begrüßung durch den Oberbürgermeister Dr. Bolt erfolgte.

2. Jahresschau deutscher Arbeit.

Dresden, 18. 5. (T. U.) Anläßlich der Eröffnung der 2. Jahresschau deutscher Arbeit hatten der Rat und die Stadtverordneten am 17. abends zu einem Empfang in den Feiermann des neuen Rathauses eingeladen. Von den verschiedenen Persönlichkeiten, die das Wort ergriffen, sprach Graf Vertkarpatenvitz Pilder, der die gärtnerisch erschienenen Vertreter der Industrie und der Landes- und Reichsbehörden begrüßte. Hierauf sprach der Vertreter des Reichsministeriums, Staatssekretär Trendelenburg, der dabei wurmte, Deutschland als ein Volk besonder ist betrachten und die Ausstellung, die eine neue Arbeit und irrtümen Optimismus einer neuen und gesichteten deutschen Zukunft entgegengehen müssen. Auch ihm schließende Kommerzienrat Herr die Schweizerfesten, die die Spielzeugindustrie zu überwinden hatte. Als Vertreter des Zwiebelfisches sprach ihm der „Spielpfaffer" Jahn über die Bedeutung des alten deutschen Spiels. Die Zwerg-artikelindustrie war durch den Kaiserlichen Rat Weiß vertreten. Zum Schluß ergriff der schwedische Konsul Mittasch das Wort, um die Versicherung abzugeben, daß es ein Leichtes sein müßte, um die Beziehungen zwischen den Feiertagen mit dem Antrag der Straßenbahnverwaltung auf eine Zusammenfassung und Abkürzung der täglichen Ausgaben der Straßenbahn sind infolge der gesteigerten Personalausgaben von 91 auf 166 Millionen Mark gestiegen. Hierbei ist die bevorstehende Erhöhung der Kohlen- und Stromperise noch nicht berücksichtigt. Von ihnen wird auch die endgültige Gestaltung des Fahrpreises abhängen.

Die Landarbeiter nach dem Kriege.

Von

Prof. Dr. **Otto Auhagen.**

Die Hoffnung auf unsere wirtschaftliche Widerstandskraft wird nicht zum mindesten durch die in Krieg und Revolution neu erprobte Widerstandsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gestärkt. In dem sonst uns umgebenden Elend ist es ein Trost zu sehen, wie der Landmann mit fester Hand den Pflug führt und allüberall im Frühjahr die Saaten aufsprießen. Von dem Schuldendruck, unter dem früher die Landwirtschaft ächzend seufzte, hat sie sich befreit. Allerdings ist das Betriebskapital gewaltig gewachsen, und die Bereitstellung des erforderlichen Produktionsfeldes stößt auf zunehmende Schwierigkeiten. Aber die Gefahr einer Katastrophe konnte hieraus nur dann ernachsen, wenn die an sich so erwünschte Zeitdifferenz unserer Währung sich mit einer bedeutenden Steigerung der Kaufkraft der Mark verbände, und wenn der derzeitigen Lösung des Geldproblems mit der Reichsdiskotsatz mit seinen Billionen von Schulden nicht interessiert.

Die Landwirtschaft ist infolge des Krieges aber auch von einer anderen Sorge befreit worden, von einer Sorge, die sie stärker zu drücken als die Schuldenlast. Jahrzehnte hindurch kämpfte der Gutsbesitzer und der größere Bauer mit dem Mangel an Arbeitern. In bedenklichem Maße zogen diese vom Lande in die Großstädte und Montanreviere ab. In die Lücke traten Polen und andere ausländische Wanderarbeiter, die noch vor dem Beginn des Kriege über 400 000 in der Landwirtschaft beschäftigt wurden. Es schien so, als sei das deutsche Volk im Begriff, die Arbeit an der Scholle mehr und mehr Volksfremden zu überlassen — eine furchtbare Gefahr in nationaler Beziehung, zugleich eine schwere Sorge in bevölkerungspolitischer Hinsicht. Infolge jenes Zuges in die Stadt hatte die landwirtschaftliche Bevölkerung im Laufe von 25 Jahren (1882—1907) 1½ Millionen Menschen eingebüßt; die Wurzel unserer Volkskraft drohte zu verkümmern.

Nun ist auf einmal alles anders geworden. Die Landwirtschaft hat heute im Gesamtdurchschnitt viel mehr Arbeiter bekommen, als sie anfordert. Aus der Stadt haben viele, die der Landarbeit nach nicht entwöhnt waren, den Weg zurück in die Lande wirtschaft gefunden. Vor allem aber bleiben die Kinder der Landarbeiter und Kleinbauern heute zu vielt größerem Teile als früher ihren Heimatschollen treu. Wenngleich diese Wendung aus dem Unglück Deutschlands herrührt, so ist sie ein sich doch als ein Gesundungsprozeß zu begrüßen.

Die Gründe, aus denen die landwirtschaftliche Lohnarbeit wieder anziehend geworden ist, liegen klar zutage. Bezaltete Osterbedrängungen, bedeuten scharfste Heimmungen übrigens schon vor dem Kriege in der Regel nur auf dem Papier standen, sind aufgehoben worden; das Koalitionsrecht wurde den Landarbeitern ausdrücklich zugesichert; zum allergrößten Teil haben sie sich in einer freien und einer christlichen Gewerkschaft zusammengeschlossen. Was allem aber hat sich der Landarbeiter gegenüber seinem städtischen Klassengenossen wirtschaftlich außerordentlich verbessert. Während früher dem ländlichen Arbeiter der Gedanke des städtischen in der Augen stach, blickt dieser heute mit Neid auf die Naturalien, die jener besitzt. Das Deputat des Landarbeiters ist heute im allgemeinen der bedeutend reichlicher bemessen als vor dem Kriege. Für städtische Begriffe grenzt es oft an das Fabelhafte. In einer schlesischen kleineren Gutswirtschaft, die ich der Verfasser besuchte, erhält der Schweizer für die Verfügung von 25 Milchkühen und 20 Stück Jungvieh außer freier Wohnung, Beleuchtung, Gartenland und einem Barlohn von annähernd 800 000 Mark 16 Zentner Roggen, 4 Zentner Weizen, 2 Zentner Gerste, 3 Zentner Futtergetreide, 52 Zentner Kartoffeln, 12 Zentner Steinkohlen, 20 Zentner Brennholz und fast not least 1460 Liter Vollmilch — 4 Liter täglich! Diese Naturalien sind heute mit wenigen Ausnahmen so hoch, wie vor dem Kriege war das Milchdeputat nur halb so groß, und an Körnern wurde nicht gewohnt. Mit Hilfe des Deputats und sonstiger Dinge, die aus der Wirtschaft für ihn abfallen, füttert der Mann im Jahr drei Schweine von etwa je 3 Zentner heran; außerdem hält er 12 Hühner und 6 Gänse. Im ganzen wird das Einkommen eines solchen Schweizers heute mindestens auf 4 Millionen zu schätzen sein. Ein gewöhnlicher Berichterstatter Landarbeiter in derselben Wirtschaft erhielt ein Naturaldeputat von 1½ Millionen Mark und erreicht ein Einkommen von mindestens 2½ Millionen Mark, abgesehen von dem Barlohn. Seiner zur Zeit mitverpflichteten Frau und den Bar- und Naturalbezügen etwa freiwillig zur Arbeit kommenden Kinder. In der Provinz Brandenburg hat sich das Milchdeputat für gewöhnliche Gutsangestellner vielfach auf 3 Liter Vollmilch, wenn dann noch die Milchbezüge von mitverbrauchenden Töchtern treten. Am besten stehen sich die Gutsarbeiter bezüglich der Milchversorgung natürlich dort, wo sie eine Kuh halten können, wie dies in weiten Gebieten Nordostdeutschlands noch Brauch ist.

An sich ist es sehr erfreulich, daß der Landarbeiter heute keine Nahrungssorgen mehr kennt. Die Zeit liegt nicht allzu weit zurück, wo es in dieser Beziehung in manchen Gegenden Ostdeutschlands recht kümmerlich bestellt war. Unter reichlicher Kost wächst heute auf dem Lande ein kräftiges Geschlecht heran. Die Erhöhung der Arbeiterdeputate die Produktionsüberschüsse der Landwirtschaft gemindert und infolgen die Ernährungsschwierigkeiten der Stadt verschärft hat. Gewichtig fällt heute zugunsten der Landarbeiter auch in die Wagschale, daß sie eine durchschnittlich viel sichere Stellung gewährt als die Industrie und so viele andere städtische Berufe, wo Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit drohen.

Sicherlich haben die Landarbeiter die relative und absolute Verbesserung ihrer Lage zu wesentlichem Teile ihrem Organisationsgrad zu verdanken; ohne den Zusammenschluß würde das starke Angebot von Arbeitskräften

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

fälschlich zu weniger günstigen Lohnbedingungen geleistet haben.

Eine Frage ist: was leistet der Landarbeiter heute? In dieser Beziehung sahen die Verhältnisse bekanntlich in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch recht trübe aus. Wer der Revolution und der neuen Koalitionsfreiheit bewusst, fielen die Landarbeiter vielfach in ihrer Leistung nach. In gewissem Grade war dies auch durch die Landarbeiterordnung vom 24. Januar 1919 bedingt, die die tägliche Höchstarbeitszeit auf durchschnittlich 8 Stunden in 4 Monaten, durchschnittlich 10 Stunden in weiteren 4 Monaten, und auf 11 Stunden in den übrigen 4 Monaten festsetzte. Danach ergibt sich ein Jahresplus von 2000 Stunden, der hinzu, der sicheren Arbeitszeit meistens erheblich zurücksteht und zudem durch die Zusätzeverträge vielfach noch erheblich unterboten wird. Allerdings kann durch Lohn zu entsprechende Ueberstunden in dringenden Fällen die Arbeitszeit verlängert werden. Viel einschneidender aber als die Verkürzung der Arbeitszeit war, daß die Arbeitsdisziplin im Verfall geriet und sich infolgedessen die auf die Zeiteinheit entfallende Leistung verringerte. Dazu die Steigungen durch Streik, die durch in einzelnen Gegenden zu recht bedenklichen Massenbewegungen auswuchsen. Im großen und ganzen ist es heute bedeutend besser geworden. Aber allen Ernst legt mit größerer Aufmunterung gearbeitet, und in manchen Gegenden Deutschlands erkennen die Landwirte, an, daß ihre Leute anständiger dasstehen wie früher. Auch wird durch zweckmäßigere Betriebsorganisation und durch geeignete Lohnungsmethoden auf höhere Leistung hingewirkt, obgleich in dieser Richtung noch viel der Zukunft vorbehalten ist.

Im allgemeinen könnte die Landwirtschaft, sowohl der Gutsbetrieb wie auch der größere bäuerliche Betrieb, noch bedeutend mehr Lohnarbeiter beschäftigen. In vielen Gegenden ist dies bedurch bedingt, daß — unbeschadet der Besserung in anderen Gebieten die vorhandenen Landarbeiter die frühere Leistung noch bei weitem nicht wieder erreicht haben und daher zum Ausgleich eine Weiterbildung von neuen erforderlich ist. Vor allem aber macht unsere volkswirtschaftliche Gesamtlage eine intensivere Nutzung des Bodens notwendig, und dies Ziel ist nicht nur durch Düngung, durch landwirtschaftliche Maschinen, künstlichen Düngemittels usw. ausgeführt, sondern setzt auch Wehrbeschäftigung von menschlichen Arbeitskräften voraus. Ein Angebot, wie oben hervorgehoben, fehlt es nicht. Die Landwirte können in großen und ganzen jedergeit so viel Leute bekommen, wie sie unterbringen können. Aber Wein, in der Behausungsmöglichkeit, liegt die Hemmung. Die Zahl der Arbeiterwohnungen auf den Gütern und in den Dörfern ist bekannt. Die Wohnungsfürsorge der Arbeiter hängt daher von der Vermehrung der Wohnungen ab.

In dem Wohnungsmangel liegen weiterhin auch die Schwierigkeiten begründet, die sich dem Ersatz der ausländischen Wanderarbeiter durch Einheimische entgegenstellen. Seitdem ersteres ist heute mit größer Leichtigkeit gedrungen werden. Der Gutsbesitzer würde seine Existenzberechtigung verlieren, wenn er sich nicht auf deutsche Arbeitskräfte stützen könnte. Es ist aber gegeigt, daß selbst für den Zuckerrübenbau die Fremden in den meisten Fällen entbehrlich sind; an Stelle der polnischen Rübenmädchen treten heute die Zöglinge der eigenen Landarbeiter zur Verfügung, die eben nicht mehr darauf aus sind, so schnell wie möglich das Elternhaus zu verlassen. Vielfach wird heute die Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Landarbeiter bereits versagt. Ueberall aber ist dies noch nicht möglich und gut, wenn man angesichts wegen der Wohnungsverhältnisse. Die polnischen Wanderarbeiter sind auf den Gütern kaserniert und nehmen nur ein weniger Wohnraum ein, als für ihre deutsche Arbeitsgenossen notwendig ist. Die Vorbedingung für die Abstoßung der Polen ist daher vielfach die Errichtung von Familienwohnungen. Nun gingen sie aber die Zahl der ausländischen Arbeiter in ständiger Verminderung begriffen.

Wegen ihrer volkswirtschaftlichen Wichtigkeit ist die Erhaltung von Landarbeiterwohnungen durch allerlei Beihilfen, durch unverzinsliche Darlehen aus Reichs- und Landesmitteln, neuerdings, insbesondere auch durch Zuschüsse aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert worden. Anfänglich waren die Arbeitergeber wenig geneigt, von diesen Unterstützungen Gebrauch zu machen, weil die Gewährung an die Bedingung geknüpft war, daß der Arbeitsvertrag nicht mit dem Wohnungsmietvertrag verquickt werden durfte, so daß der Arbeiter auch nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis sein Wohnrecht behielt; neuerdings ist dies verfassungsmäßig abgeändert worden. Trotzdem geht es, abgesehen von einem Fortfall Aufführung im Jahre 1921, nur langsam mit dem ländlichen Wiederwohnungsbau vorwärts; die ähnlichen Unterstützungen gegenüber der schnellen Verteuerung der Baukosten immer bedeutungsloser, und große Summen auf eigene Kosten fertigzulegen, fällt dem Landmann gegenwärtig schwer und erscheint ihm auch angesichts der unsicheren Zukunft des Geldwertes bedenklich.

(Ein Schlußaufsatz folgt.)

Die Grenzmarkentagung in Flensburg

„Ueber alle natürlichen Grenzen hinweg."

Flensburg, 18. 5. (Wtb.) Gestern nachmittag trafen die Teilnehmer der Tagung nach Sylt in Flensburg ein, wo ihnen Oberbürgermeister Dr. Buchholz ein herzlicher Empfang bereitet wurde. Am Abend fand die feierliche Begrüßung der zu der Tagung in Flensburg versammelten Mitglieder statt. Im Namen der deutschen Grenzstadt hieß Justizrat Loebmann die Gäste willkommen. Hier in Schleswig, in der so lange umstrittenen Grenzzone, habe man die Tage vom 14. bis 17. Mai 1920 zum ersten Male die deutsche Volksgemeinschaft einen Sieg errungen. Wohl die Tagung dem geleisteten Beistande zum Heil gereichen! Als Vertreter der Grenzgebieten antwortete Dr. Brunner, als deutscher Abgeordneter von der Tschecho-Slowakei. Er führte aus, daß er im Namen von drei Millionen Grenzdeutschen spreche, die durch das Diktat von Versailles der Knechtschaft ausgeliefert seien. Aber auch das Versailler Diktat sei gegeigt, die deutsche Einheit zu schneiden. Die Grenzgebiete empfinden es um so bejammert bitter, daß sie in der Stunde der Not nicht zum Vaterlande gehörten, um gemeinsam mit den deutschen Brüdern die Lasten der Zeit zu durchwandern. Aber die endliche Vereinigung aller Deutschen, die deutsch sprechen und fühlen, werde kommen, und die Zeit werde sein über der Tagung des Wort sprechen: „Deutschland, Deutschland über alles!"

Die Rede des Abgeordneten Brunner wurde oft von begeisterten Kundgebungen unterbrochen, die sich am Schluß zu einer mächtigen Kundgebung steigerten. Darauf wurde folgendes Telegramm an den Reichskanzler abgesandt: „Die zum Deutschen Grenzmarkentag versammelten Vertreter der Deutschen Schutzbundes und des Vereins für das Deutschtum im Ausland nach dem Beschluß des Sylter Kongresses in Flensburg versammelten Vertreter der Grenz-, Kolonial- und Auslandsdeutschen entbieten der Reichsregierung ihren deutschen Gruß. Die hier versammelten Vertreter der Deutschen der ganzen Welt erheben im Namen des durch die französische Militärjustiz aufs schmählichste verletzten heldenhaften Flammenden Protest. Sie wissen, daß die Rechtsbrecher und Schändlichen, unter denen die Franzosen am Rhein, Ruhr und Saar leiden, den Widerstand des über alle unnatürlichen Grenzen hinweg einigen deutschen Volkes stärken werden."

Die ausländischen Studenten an deutschen Hochschulen.

München, 18. 5. (T. U.) Gestern fand hier eine Tagung ausländischer Studenten an deutschen Hochschulen statt, an der Studierende aus 22 ausländischen Staaten erschienen waren. Die bayerische Regierung war durch den Ministerpräsidenten Dr. von Knilling, Kultusminister Dr. Matt und Staatsrat Dr. Meyer vom Justizministerium vertreten. Der Ministerpräsident

Deutsche Jugendherbergen.

Die Werbewoche in Berlin.

Die vergangene Woche stand unter dem Zeichen der Jugendwanderung. Da die Beschirmer des Reiches, des Staates und der Stadt nicht in dem Umfange helfen können, wie es der Bedeutung dieser prächtigen Jugendbewegung eigentlich zukommt, so muß sich die Jugend nach Kräften selbst helfen.

Es gibt die Mittel verhältnismäßig, um immer neue Stätten zu bereiten, wo die Jugend nach ausgedehnter Jugendwanderung eine nur ihr bestimmt gebildete Uebernachtungsstelle findet. Die unscheinbaren Mittel der Uebernachtung und Verpflegung in den Wirtshäusern sind für das wandernde Jugendvolk nicht mehr zu erschwingen. Nur für kleine, spruchreiche Gäste ausländischer eingerichteten Herbergen kommen in Zukunft dafür in Frage.

Viel ist schon geschehen, um die Schönheit der Jugend nach der Heimkehr Natur zu füllen. Die Zahl der Jugendherbergen ist seit dem Jahre 1918 von 200 auf 1400 gestiegen. Im Jahre 1918 übernachteten in ihnen 1000 Jugendwanderer. Im vergangenen Jahre aber schon 865 000 Gäste. Die Mark Brandenburg besitzt zurzeit etwa hundert Herbergen. Eigentlich sollte in jeder Tür eine leichte Aufnahmestätte für die Jugend haben.

In diesem Jahre hatten sich alle der Jugendbewegung nahe stehenden Vereine, Sportvereinigungen und vor allen Dingen die Wandervogelbünde der Jugend zusammengetan, um an die gesamte Bevölkerung Groß-Berlins den dringenden Aufruf zu richten, beizutragen zum Ausbau dieses legendären Werkes, an dem unser Volk durch seine Jugend gesunden soll.

Die Veranstaltungen der einzelnen Groß-Berliner Jugendverbindungen waren so überaus reich an Zahl und Eigenart, daß es unmöglich ist, eine erschöpfende Darstellung der einzelnen zu bringen. Nur einige können aus der großen Zahl hervorgehoben werden.

Im allgemeinen haben die Werbefestlichkeiten, soweit sie im Freien stattfinden sollten, stark unter der wenig wandergerechten Witterung gelitten. Fast alle der in die Woche fallenden Feiertage waren kalt und regnerisch. Die Jugend hat sich durch diese Unguns der Witterung nicht feiern lassen. Gewiß war die Witterung es auf ein Stündchen gestattete, sich man auf allen unseren großen Plätzen die wandernde Jugend vorbeiströmen zu sehen, ihren schönen Reigen zu nehmen und ihre wunderbaren Lieder aus Urväterzeiten erklingen zu lassen.

Fremdlinge, Mädchen und muntere Knaben luden ein zum Ankauf einer Herbergsfarbe oder zum „Wanderstein" für die neuen Herbergen. Reigend war auch eine neugestiftete Kurrende junger Mädchen, die in einem anmutigen Vorort im Westen der Stadt mit Lauten und Liedern durch die mainzarinischen Straßen zog.

Auch bekannte Gesangsvereine hatten ihre Kräfte in den Dienst der guten Sache gestellt und gaben Konzerte auf den Plätzen und in Parkanlagen, um die Gebefreudigkeit anzuregen.

Oft aber bedurfte waren auch die Ausstellungen und anderen Veranstaltungen in geschlossenen Räumen. Manchmal mußten Wiederholungen derselben stattfinden, um dem Andrange zu genügen. Besonders reichhaltig hatten einige Bezirke der ehemaligen Bezirke ihre Werbefestwoche ausgestattet. In Charlottenburg eine Ausstellung für Jugendwandern im Rathaus, ein Konzert des Philharmonischen im Liederkranz, Aufführungen im Rathause und verschiedenen Schulen, Einweihung der neuen Jugendherberge auf dem Südfriedhofe, Spielabend Wettbewerb und anderes mehr. — In Zehlendorf gab es nach einem festlichen Umzuge ein Jugendfest im Filshofgarten mit Musikvorträgen auf der Naturbühne, Ritus und Preisringen. Im Laufe der Woche hatten dann große Konzerte des Männergesangvereins, des Kinderchors einer Schule und der wandernden Jugend mit Lauten und Liedern, Tänzen und Sonnenbrand eine Aufführung in der Oberrealschule mit „Meister Olaf" von Strindberg. — Sehr abwechslungsreich war auch das Programm des Bezirkes Spandau mit Konzerten, Vorträgen und anderen Aufführungen in Kloster, Friedrichshagen und anderen Orten. Desgleichen der allem die Bezirke Siegfried Schmieder, Neukölln und Pankow. Auch in Tegel und Mi.-Köris wurden neue Herbergen eingerichtet.

Der Ertrag der Woche ist noch nicht zu übersehen. Weitere Beiträge und Anmeldung nimmt entgegen der Zweigausschuß Mark Brandenburg der deutschen Jugendherbergen (C. 2. Neue Friedrichstraße 80 III). — Bestimmt hier sind auch klärende Schriften über die Jugendherbergsbewegung zu beziehen. J.

*

Im Anschluß an diese überall in Berlin und Brandenburg großzügig durchgeführte Jugendherbergs-Werbewoche sprach am Mittwoch der Vorsitzende der deutschen Jugend-Herbergen, Richard Schirrmann, im Bürgersaal des Rathauses zu Hand von Lichtbildern über sein Werk: „Die Jugend soll wandern können. Wenn sie aber wandert, dann soll sie auch die Möglichkeit haben durch Bereitstellung billiger Uebernachtungsstätten größere Wanderungen zu unternehmen. Die Jugend soll nicht nur die Umgebung der Stadt, in der sie wohnt, kennen lernen, sondern die Heimat und die schönsten Stellen des deutschen Vaterlandes. Nur durch Bewegung in der freien Natur kann die Jugend körperlich und geistig gesunden. Wo sind nun diese Jugendherbergen? Ueberall im ganzen Reich, vom Osten bis zum Westen, von der Ostsee bis an den Bodensee und von keine Grenze, da will man welche haben. Aber es fehlte die Mittel, die durch die Werbewoche beschafft werden sollen. Die Einrichtung dieser Herbergen ist einfach, aber zweckentsprechend. Wenn die schönsten Gegenden des deutschen Reiches richtig ausgebaut werden sollen, dann müssen noch mehrere tausend Herbergen entstehen. Wenn aber jeder bei der Einrichtung und der Förderung und Gesundung der deutschen Jugend sein reichlich spendet, dann ist das Vorhaben, das nicht unmöglich." — Der Vortragende zeigte dann an Hand von Lichtbildern einige der bekanntesten deutschen Herbergen.

Es war das erste Mal, daß der Bezirksverband in Berlin, der gelobenen Gästen Frach, Vertreter der Behörden und Abgeordnete der verschiedensten Richtungen waren anwesend. Hoffentlich finden sich nun auch hochherzige Spender, die durch ihre Gaben dazu beitragen, die Herberge der Jugend, die nur Not und Entbehrung kennen gelernt hat, wieder Sonnenschein zu tragen.

—bort.

Kurze Tagesschau.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt amtlich mit: Die Bestrebungen zwischen Magistrat und Reichsamt bezweckt nicht die Bereitstellung von Mitteln für die Reichsbahnen der Berliner Arbeitslosigkeit, sondern die städtische Zehn-Millionen-Anleihe.

*

An den beiden Pfingstfeiertagen veranstaltet die Berliner Ortsgruppe des Bundes Deutscher Architekten einen Werkbertrieb, bei 2. Schon um 4 Uhr beginnt.

*

Der Botanische Garten in Dahlem ist an beiden Pfingstfeiertagen dem allgemeinen Besuch von 8—7 Uhr geöffnet.

*

Während der Pfingstfeiertage (vom 19. bis 21. Mai) findet in Potsdam der 5. Märkische Esperantotag statt.

*

Ein bequemes Kleingewicht werden die neuen Briefsendungsmarkenstücke abgeben, die nach dem Beschlusse des Schiedsgerichts ein Gewicht von 1½ Gramm erhalten.

*

Der Streik in den Berliner Konditoreien hat sich weiter verschärft, da bald es zu einer Reihe kleinerer Zwischenfälle kam.

*

Durch einen Ofenbruch ist in der Greifswalderstr. ein großer Schadenfeuer ausgebrochen, dem eine Zahlderei und ein Produktenlager zum Opfer gefallen ist.

*

Aus der Synagoge in der Frankfurter Allee raubten Einbrecher Silbergeräte im Werte von über 1½ Millionen Mark.

Strafantrag im Wojak-Prozeß.

4½ Jahr Gefängnis und 50 Mill. M. Geldstrafe beantragt.

Der Prozeß Wojak ist schnell zu überschen, nicht etwa wegen der Wenge der Tatsachen, von der jede einzelne ganzen Prozeß füllen könnte, denn weil die einzelnen Fälle an sich so verwickelt sind, und doch jeder mit dem anderen wieder in irgend einem Zusammenhang steht. Die zerstörenen Vermögerten, Beschädigungen und Fälschungen greifen immander über und jedes Mal sind es paar andere der 19 Angeklagten beteiligt.

Staatsanwaltsrat Dr. Hermann begann sein Plädoyer, indem er darauf verzichtete, die Beweggründe hervorzuheben, die Wojak und die Angeklagten zu ihren Straftaten veranlaßt haben. Es gebe kein Mittel, um für die einzelnen Fälle und begann mit den vier Schrottkäufen, bei denen Wojak das Geschäfte von dem erhielt, und er begann. Es sind etwa die unwichtigsten Fälle, aber sie sind typisch für die Raumverbrechung, die Wojak betrieb. Es folgt der Betrug mit dem Auto der Reichstriebwagenbetriebsrat, desgleichen 1000 Mark Reichsbahnbetriebsrat. Wojak ½ Jahre jünger, als die Polizei hinter ihm her war, schnell begabte. Bei dem größten und mit Hilfe der Angeklagten ausgeführten Betrug gelang es schließlich doch für die Staatsanwalt etwas länger auf. Auch ist der Schaden, der für die Deutschen Werke entstand, bereits mehrere Millionen Mark geworden.

Der Staatsanwalt schilderte die unerhörten Zustände bei den Deutschen Werken und die Nachlässigkeit der beteiligten Beamten. Die Betrugsabsicht, die Wojak immer noch leugnet, gehe bei allen Geschäften Wojaks schon daraus hervor, daß er immer mehr erhielt als er bezahlte. Er hat die Freiheit beseßen, diese Monate früher auf Grund von gefälschten Listen der Zuwisdsfahrung eines Jahres immer bezahlten Werkzeuge zu verlangen. Weisens hat er es erhalten, gewinnt hat er sogar noch mehr, bezahlen, als er ausgeschrieben bezahlt hatte.

Der Staatsanwalt beantragte folgende Strafen: Der Angeklagten Schapitz und Zielek der er freiwillen, Bachmann und Lamla haben sich der Beihilfe zum Betrug und Mittäterschaft zur Verletzung von Urkunden schuldig gemacht. Gegen Lamla beantragt er 6 Monate, gegen Bachmann 2 Monate Gefängnis, für den letzteren bei er die Strafe in 75 000 Mark Geldstrafe umwandeln. Gegen den Angeklagten Thom, der mit Lamla zusammen 36 Fälschungen vorgenommen hatte, 5 Monate Gefängnis. Gegen den Angeklagten Calder und Martini seien sehr hoch geschwiert worden. Es müsse gegen sie wegen fortgesetzten Betrugs und zwar gegen Calder 6 Monate, gegen Martini 3 Monate beantragt werden. Für beide erhob der Staatsanwalt Geldstrafe. Der Angeklagte Bennert habe sich sehr übel benommen er habe keine Pflicht als Obertagsvorwalter in gröblichster Weise verletzt. Er habe gegen ihn ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu erkennen. Kühn habe niederträchtig gehandelt und habe in einem schwierigen Diebstahl seine Hand gehoben. Ein Jahr Gefängnis erscheine daher nicht zu hoch. Die Angeklagten Müller und Schenz haben ihre Stellung in gröblichster Weise mißbraucht und sein außerordentlich hohe Geldstrafe verwirkt. Gegen Müller wurden drei Monate, gegen Schenz zehn Monate Gefängnis beantragt und Einziehung der Beschlagnahmesachen von 20 000 ℳ. Den Angeklagten Wojak hielt der Staatsanwalt für in vollem Umfange überführt, er habe sich schwerst des Betrugs auf dem fälschlichen Spielplatz Wettbewerb und anderes mehr. — In Zehlendorf gab es nach einem festlichen Umzuge ein Jugendfest im Filshofgarten mit Musikvorträgen auf der Naturbühne, Ritus und Preisringen. Im Laufe der Woche hatten dann große Konzerte des Männergesangvereins, des Kinderchors einer Schule und der wandernden Jugend mit Lauten und Liedern, Tänzen und Sonnenbrand eine Aufführung in der Oberrealschule mit „Meister Olaf" von Strindberg. — Sehr abwechslungsreich war auch das Programm des Bezirkes Spandau mit Konzerten, Vorträgen und anderen Aufführungen in Kloster, Friedrichshagen und anderen Orten. Desgleichen der allem die Bezirke Siegfried Schmieder, Neukölln und Pankow. Auch in Tegel und Mi.-Köris wurden neue Herbergen eingerichtet.

Der Ertrag der Woche ist noch nicht zu übersehen. Weitere Beiträge und Anmeldung nimmt entgegen der Zweigausschuß Mark Brandenburg der deutschen Jugendherbergen (C. 2. Neue Friedrichstraße 80 III). — Bestimmt hier sind auch klärende Schriften über die Jugendherbergsbewegung zu beziehen. J.

*

Im Anschluß an diese überall in Berlin und Brandenburg großzügig durchgeführte Jugendherbergs-Werbewoche sprach am Mittwoch der Vorsitzende der deutschen Jugend-Herbergen, Richard Schirrmann, im Bürgersaal des Rathauses zu Hand von Lichtbildern über sein Werk: „Die Jugend soll wandern können. Wenn sie aber wandert, dann soll sie auch die Möglichkeit haben durch Bereitstellung billiger Uebernachtungsstätten größere Wanderungen zu unternehmen. Die Jugend soll nicht nur die Umgebung der Stadt, in der sie wohnt, kennen lernen, sondern die Heimat und die schönsten Stellen des deutschen Vaterlandes. Nur durch Bewegung in der freien Natur kann die Jugend körperlich und geistig gesunden. Wo sind nun diese Jugendherbergen? Ueberall im ganzen Reich, vom Osten bis zum Westen, von der Ostsee bis an den Bodensee und von keine Grenze, da will man welche haben. Aber es fehlte die Mittel, die durch die Werbewoche beschafft werden sollen. Die Einrichtung dieser Herbergen ist einfach, aber zweckentsprechend. Wenn die schönsten Gegenden des deutschen Reiches richtig ausgebaut werden sollen, dann müssen noch mehrere tausend Herbergen entstehen. Wenn aber jeder bei der Einrichtung und der Förderung und Gesundung der deutschen Jugend sein reichlich spendet, dann ist das Vorhaben, das nicht unmöglich." — Der Vortragende zeigte dann an Hand von Lichtbildern einige der bekanntesten deutschen Herbergen.

Es war das erste Mal, daß der Bezirksverband in Berlin, der gelobenen Gästen Frach, Vertreter der Behörden und Abgeordnete der verschiedensten Richtungen waren anwesend. Hoffentlich finden sich nun auch hochherzige Spender, die durch ihre Gaben dazu beitragen, die Herberge der Jugend, die nur Not und Entbehrung kennen gelernt hat, wieder Sonnenschein zu tragen.

—bort.

Die Diebesfamilie in der Kantstraße.

Mit „Pech-Emil" im Bunde.

Für diese Millionen Schuck- und Stiefeln, Perlenketten, eine goldene Handtasche, Pelze usw. wurden im Oktober vorigen Jahres einem Schwanbein in einer Pension in der Schlüterstraße gestohlen.

Nach langen Beobachtungen gelang es jetzt der Kriminalpolizei, die Diebe zu ermitteln und festzunehmen. Ein gewisser Ico Diener, der wiederum Sohn einer achtbaren Familie ist, die Wetzlisten hat, wurde beim Verkauf einer Perlenkette über den Erwerb er sich nicht ausweisen konnte verhaftet. Er gab seine Teilnahme an dem Diebstahl in der Pension zu und bekannte, daß die Beute von ihm und einem 36 Jahre alten Paul Matrioffka zu Bellen Mutter nach der Wohnung in der Kantstraße abbracht worden war. Die Mutter wurde zwar mit wertvollen gestohlenen Teppichen angetroffen, die man noch nicht hatte verkaufen können. Frau Matrioffka, die über die Diebereien des Sohnes Bescheid wußte, wurde festgenommen, ebenso ihre Tochter, die beim Verkauf der gestohlenen Gegenstände mitgewirkt hatte. Der Diebstahl von der Pension ist nicht der einzige erfahren und wurde auf dem Anhalter Bahnhof und von Diebe herausgeschleppt.

Paul Matrioffka, ein vielfach gerichtlicher Sicherer, der abwechselnd im eleganten Gesellschaftsanzug und in feiner Sportkleidung aufzutreten pflegte, war nicht zu finden. Er hatte sich bei der Tat irgendwo versteckt, und der Verhaftung seines Sohnes, seiner Diener mit einem gewissen Emil Oberstl zusammengetan, der in seinen Kreisen unter dem Spitznamen „Pech-Emil" bekannt ist. Weil er bisher immer noch jedesmal heil aus einem Streich abgekommen war, Matrioffka nahm ihn unnötig als Schützer an. Um diesen nur allem erst einmal einzufinden, brauchte er Mittel und suchte durch einen neuen Einbruch in der Schlüterstraße zu verschaffen. Es ist aber wurden beide gefaßt, und Matrioffka bekommt nun noch, seit mit dem „Pech-Emil" einzelnen zu haben. Die ganze Gesellschaft wurde nach Moabit gebracht. Unter den in der Wohnung beschlagnahmten Sachen befinden sich auch Außenanzüge, Chlamsellar und Gummiwäsche, Pelzjacken und Mäntel, Stiefel und einer Gesamtbeschaft oder aus einer Boschaft hammen sollen.

Lästige Ausländer.

Gefälschte amerikanische Reisechecks.

Die umfangreichen Fälschungen amerikanischer Reisechecks, die in letzter Zeit in großer Höhe der in Frage kommenden Betrage hinterzeit die amerikanische Presse veranlaßten, ihre Landsleute vor Reisen nach Deutschland zu warnen, haben nun ihre Aufklärung gefunden.

Bei verschiedenen hiesigen Bankhäusern erschien vor einigen Monaten ein angeblicher Amerikaner, der sich mit einem auf den Namen Gilgenfold lautenden amerikanischen Paß auswies und in fürzen Abständen etwa 40 jugendnamen Travellers-Schecks nordamerikanischer Herkunft, und mehrere tausend Dollars lautend, präsentierte. Die Schecks wurden auch anstandslos angenommen. Bei anderen Unternehmungen, sich über beraus, daß es sich um raffinierte Fälschungen handelte. Die Schecks waren, wie durch Nachforschungen ermittelt wurde, bei verschiedenen Juwelen durch Hotel- und Zeitschriftenverkäufer gekauft. Die Namen waren mit einer Schreibmaschine eingetragen. Die Fälschungen gelangten bis jetzt sich sehr schnell ermöglichen, zum er besonders eine elegant einrichtende Wohnung in Schöneberg. Bei der Hausfuchung wurde außer dem amerikanischen noch ein polnischer Paß gefunden, aus dem hervorgeht, daß der Fälscher Sigmund aus Polen stammte und sein richtigen Namen Blinbaum führte. Der Schwindler, der mehrere Monate lang durch diese Fälschungen erlitten haben, und die durch den Fall verursachten Unkosten im Verkehr mit Reisechecks verursachte mehrere Tausend Mark betreffenden Barbrief, gewinnt die Reise von Berlin fort nach Berlin angetreten. Nach Verhaftung verschiedener verdächtiger Polen wurde auch eine Spur in Paris aufgenommen, und auf Grund eines von Berlin aus erlassenen Steckbriefs wurde der Kaufmann Koppelmann in Paris verhaftet. Auf Antrag eines Berwaltsrats in Köln von 20 000 ℳ. Den erfolgter Auslieferung gegen Kaution von einer Million Mark aus der Haft entlassen worden.

Nach erfolgter Aufbedung der Fälschungen ist jetzt die Verunterschlagung gegen Blinbaum und Koppelmann wegen Betrugs und Urkundenfälschung steckbrieflich verfolgt, so daß hier interessante Fälscherprozeß in nächster Zeit die Strafkammer beschäftigen wird.

Sport.

Hoppegarten.

Deutscher Erfolg des Stalles Oppenheim.

Der Donnerstag-Renntag, durch die Benennung als Preis Neuen Rennen zum Gedenk Weinberg gewidmet, wurde in der Praxis zu einem Triumphzuge für den Stall Oppenheim der nicht weniger als drei Sieger hatten konnte.

Auch die Hauptprüfung, das Offiziers-Rennen, wurde durch Revolutionär eine leichte Beute des Stallgefährten Ico. Ein Tempelt nahm den Kampf gegen den von vorne herein fast favoritisierten Graf Schlenderhans auf; er bewährte sich glänzend und wurde der einzige ernsthafte Gegner des Oppenheimers in dem heute noch ungeprüften Anschlag. Dieser hohe Sohn der Aspiration konnte zwar seine Nationalität die Palme keinen Moment streitig machen, lief aber, obwohl noch reichlich rund, in der Tat einer guten Form, er hielt es für ratsam diesem speziell Pfalz sicherlich nicht bewenden lassen. Als weitere Vertreter des Stalles Oppenheim waren Sieger Kuttelin konnte zwar, während ein vierter Erzieg im Grave und Gau-Rennen nur durch die allzu lässige Reitweise des Reiters Gaus um Vielfeld bereits. Kopf an Kopf kamen Farnelia und Schwarze Kutte die Zielgerade herunter, während Bernsfen als der Sieger hatten konnte.

Auch die Hauptprüfung, das Offiziers-Rennen, wurde durch Revolutionär eine leichte Beute des Stallgefährten Ico. Ein Tempelt nahm den Kampf gegen den von vorne herein fast favoritisierten Graf Schlenderhans auf; er bewährte sich glänzend und wurde der einzige ernsthafte Gegner des Oppenheimers in dem heute noch ungeprüften Anschlag. Dieser hohe Sohn der Aspiration konnte zwar seine Nationalität die Palme keinen Moment streitig machen, lief aber, obwohl noch reichlich rund, in der Tat einer guten Form, er hielt es für ratsam diesem speziell Pfalz sicherlich nicht bewenden lassen. Als weitere Vertreter des Stalles Oppenheim waren Sieger Kuttelin konnte zwar, während ein vierter Erzieg im Grave und Gau-Rennen nur durch die allzu lässige Reitweise des Reiters Gaus um Vielfeld bereits. Kopf an Kopf kamen Farnelia und Schwarze Kutte die Zielgerade herunter, während Bernsfen als der Sieger hatten konnte.

Die Begegnung land schon einmal in Bielefeld statt, führte aber trotz zweimaliger Verlängerung zu keinem Ergebnis, da beide Hinterrundschützen so sicher und innerhalb arbeiten, daß beide Mannschaften nicht die notigen Schlußpunkten einsetzen konnten. Die Spielstärke der Mannschaften scheint sich also nichts, nur fällt diesmal ins Gewicht, daß der Westdeutschen die lange anstrengende Reise hinter sich haben; dieser Umstand und das Gefühl, vor eigenem Publikum zu spielen, aber den Berlinern einen gewissen Vorteil in die Hand. Am 1. Feiertag hat ferner der Spandauer Sportverein Wacker-Halle zu Gaste, eine Mannschaft, die in Mittelbrandenburg eine ziemlich Rolle spielt, zwei mehrmals Meisterschaften eingeholmt hat, in letzter Zeit aber nicht mehr so auf der Höhe ist. Jedenfalls werden sich über die Spandauer sehr ins Zeug legen müssen, um etwas zu erreichen.

Am zweiten Feiertag ist in Berlin nichts los, nur in Spandau bei der Ex-Hand. Am Victoria-Stendal zum Gegner, ein Zweiten, das die Spandauer bei voraussichtlich Elf für sich entscheiden müßten.

Als Vorspiel für die Pfingstage treffen sich morgen um 6 Uhr Hertha und Norden-Nordwest am Bahnhof Gesundbrunnen, da die Spiele gegen Sparta-Rixdorf-Neukölln wegen der enorm hohen Nachforderung von 2 Millionen nicht zustande gekommen sind. Bedauerlich ist diese Tatsache weniger, da die Begegnung der beiden Nordmannschaften einen Erfolg bieten wird, da es um die Dominanz im Norden geht. Beide Vereine schaffen gleichen in den Verbandsspielen eine weiteres Tor, beide haben technisch und ziemlich hohe Stufe, nur erscheint Norden-Nordwest durchschlagskräftiger, was wesentlich ins Gewicht fällt.

Motorradprüfungen mit Industrie-Beteiligung.

Den Deutschen Motorradfahrer-Verband (D. M. V.) sind von dem Reichsverband der Kraftmaschinenindustrie mehrere Motorbeiwerke für Fabrikeinbauten freigegeben worden, darunter die Rennen auf der Avus (24. Juni), das Gespann-Rennen Bahnrennen über 500 Kilometer (29. Juli) und die dreitägige Dauerfahrt (Ende August über Anhang Sept.-September). Bedauerlich ist diese Zeitlage weniger, da die Begegnung der beiden Nordmannschaften einen Erfolg bieten wird, da es um die Dominanz im Norden geht. Beide Vereine schaffen gleichen in den Verbandsspielen eine weiteres Tor, beide haben technisch und ziemlich hohe Stufe, nur erscheint Norden-Nordwest durchschlagskräftiger, was wesentlich ins Gewicht fällt.

Berliner Turn- und Sportwoche.

Das Programm des Sportpalastes

25. Mai, abends 7½ Uhr.

Zum ersten Male werden sich für die Förderung der Leibesübungen in Berlin Amateur- und Berufs-Kämpfer einsetzen. Der Berliner Bezirksverband und auch der Berliner Boxverband kämpfen Seite an Seite für die Sache. Zum ersten Male wird ein Kampf um die Jiu-Jitsu-Meisterschaft gestiegen. Es sind bisher unbesiegte Erich Rahn und Bube wird auch die Gesellen, die bisher dieser japanischen Geistesvertreter nicht hermachten haben. Das umfangreiche Programm enthält ferner Ringkämpfe des Athletik-Verbandes und Gesangsvorführungen des Berliner Sängerbundes. Die Eintrittspreise sind mäßig gehalten. Die Eintrittskarten stecken der „Kurz-Spiel- und Sportzeitung" (Begründer: Überbürgermeister Böß) zu.

Jiu-Jitsu auf dem Leipziger Platz.

Als Auftakt finden am 24. Mai, 6 bis 7 Uhr nachmittags, auf den Rasenflächen des Leipziger Platzes Jiu-Jitsu-Vorführungen des ersten Berliner Jiu-Jitsu-Clubs unter Mitwirkung des Jiu-Jitsu-Meisters Erich Rahn statt. Diese Veranstaltung dürfte von besonderem Interesse sein, weil die Meisterschaft am 25. Mai, 7½ Uhr abends, im Sportpalast zwischen dem deutschen Jiu-Jitsu-Meister Erich Rahn und Bube entschieden werden wird.

Die Motorradfahrer.

Die Landesgruppe Nord des D. M. V. veranstaltet am 27. Mai eine Schnellkraftmaschinenfahrt durch Berlin. Auch die Beteiligung nicht geschmückter Maschinen ist dringend erwünscht. Die Fahrt geht vom Bahnhof Zoo bis Autter Allee um 2 Uhr nachmittags durch die Frankfurter Allee, Große Frankfurter Straße, Kaiserstraße, Alexanderplatz, Kranzlerecke, Schloßfreiheit, Unter den Linden, Charlottenburger Chaussee, Krüs, Bismarckstraße, Goerlitzer zum Deutschen Stadion. Dort haben die Teilnehmer die Bahn langsam zu umfahren; dann erfolgt die Auflösung der Fahrgruppe durch Stillstand für den Schönheitswettbewerb (siehe Preise). Schriftliche Anmeldung der Teilnehmer an W. Schleier, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 157.

Die Fahrtvorstellung im Sportpalast

anläßlich der Berliner Turn- und Sportwoche wird vom 26. Mai auf den 2. Juni verlegt, da die ersten Gastspiele der Stadtkapelle am 25. Mai zu einem Gastspiel nach Basel führen.

Der Deutsche Marathonlauf,

der, wie schon gemeldet, durch den Verband Brandenburgischer Athletikvereine am 29. Juli vom Deutschen Stadion aus auf einer gleichmal zu ausgeführten Sportfeste, am Kastrop gestartet soll international ausgeschrieben werden, nachdem der Verlauf des ersten Straßenlaufens „Quer durch Berlin" den Beweis erbracht hat, daß unsere Langstreckenläufer gegen die internationale Klasse bestehen können. Die Erkundung hierzu ist von der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik erteilt worden.

Schwedische Kampfspiele.

Das Hallenentnsiasturnier in Gothenburg hat den deutschen Vertreterin in den fünf Konkurrenzen nicht weniger als vier Siege gebracht, ein solcher Erfolg ist bisher noch nicht gemeldet worden. Von Frau Neppach im Dauerlaufspiel gewonnen das Damendoppelspiel Frau Gulbrandsen — Frau Neppach, das Herrendoppelspiel Bergmann — Rahe und das gemischte Doppelspiel Frau Gulbrandsen — Rahe. Eine weitere Etappe zu den Großkampfspielen vom 5. bis 15. Juli bilden die Gottspiele, die vom 13. bis 17. Juni stattfinden.

Handball im B. B. B. B.

In Dresden-Trachau treffen sich am ersten Pfingsttag erneut die Südmannschaften Dresden—Berlin. Das letzte Spiel im November vorigen Jahres auf dem Sch. C. Dresden endete mit dem überlegenen Siege Berlins 9:1.

Der deutsche Meister Polizeisportverein hat gegen Spielte; er hatte am ersten Feiertag in Gärlitz den „Alten Turnverein Gärlitz 1847", am zweiten Tage in Dresden-Trachau dem Sportklub Freital Südkopf gegenüber. Der Meister Berlin ist in Form durch Niederschlag bestiegt.

Pfingst-Fußball in Berlin.

Das Hauptinteresse wendet sich dem Spiel um den Meisterschaftsfinale zu, das am ersten Feiertag Hans Blitzkrieg im Stadion gegen Union-Oberschöneweide und Kreis-Bielefeld bei sich gehen wird. Die Begegnung land schon einmal in Bielefeld statt, führte aber trotz zweimaliger Verlängerung zu keinem Ergebnis, da beide Hinterrundschützen so sicher und innerhalb arbeiten, daß beide Mannschaften nicht die notigen Schlußpunkten einsetzen konnten. Die Spielstärke der Mannschaften scheint sich also nichts, nur fällt diesmal ins Gewicht, daß der Westdeutschen die lange anstrengende Reise hinter sich haben; dieser Umstand und das Gefühl, vor eigenem Publikum zu spielen, aber den Berlinern einen gewissen Vorteil in die Hand. Am 1. Feiertag hat ferner der Spandauer Sportverein Wacker-Halle zu Gaste, eine Mannschaft, die in Mittelbrandenburg eine ziemlich Rolle spielt, zwei mehrmals Meisterschaften eingeholmt hat, in letzter Zeit aber nicht mehr so auf der Höhe ist. Jedenfalls werden sich über die Spandauer sehr ins Zeug legen müssen, um etwas zu erreichen.

Am zweiten Feiertag ist in Berlin nichts los, nur in Spandau bei der Ex-Hand. Am Victoria-Stendal zum Gegner, ein Zweiten, das die Spandauer bei voraussichtlich Elf für sich entscheiden müßten.

Als Vorspiel für die Pfingstage treffen sich morgen um 6 Uhr Hertha und Norden-Nordwest am Bahnhof Gesundbrunnen, da die Spiele gegen Sparta-Rixdorf-Neukölln wegen der enorm hohen Nachforderung von 2 Millionen nicht zustande gekommen sind. Bedauerlich ist diese Tatsache weniger, da die Begegnung der beiden Nordmannschaften einen Erfolg bieten wird, da es um die Dominanz im Norden geht. Beide Vereine schaffen gleichen in den Verbandsspielen eine weiteres Tor, beide haben technisch und ziemlich hohe Stufe, nur erscheint Norden-Nordwest durchschlagskräftiger, was wesentlich ins Gewicht fällt.

Kirchenzettel für Berlin.

Evangelische Gottesdienste.

Gottesdienste

an den beiden Pfingstfeiertagen, den 20. und 21. 5. 29. (Alte Reihe: Apostelkirch. 3. 1—13, Joh. 14, 23—31, Neue Reihe: Eph. 2, 19—22, Joh. 14, 15—21, Heilkirch 56, 22—25, bzw. Alte Reihe: Apostelgesch. 10, 43—48, Joh. 3, 16—21, Neue Reihe: Eph. 4, 1—16, Joh. 16, 9—16, Röm. 14, 14—17.

In Berlin nebst Charlottenburg und Schöneberg.

Sonntagskirchen.

Abend: Auf 10. Jahrer 6. 2. P. Zimmer 10, v. Jenimer 6. — **Alte-Schöneberg:** Paul Gerhardt: Auf 10. Jahrer 6. Zeitzeuf 10. Kindt 6. — **Andreas:** Fehr. 9. Steinacker 10. Urbaniß. 2. P. Müller 10. Jahrer 6. — **Apostel Paulus:** v. Rabenau 10. Rotenberg 6. 2. P. Braun 10. v. Rabenau 6. — **Auferstehung:** Wimer 10. Schütz 6. 2. P. Bel 10. Wimer 6. — **Bartholomäus:** Kulemann 9. Pfingstmette, Lufen 10. Kulmann 6. 2. P. Friedrich 10. Schütz 6. Missionsfest. — **Bethlehem:** Gull. Schulz. 10. 2. P. Schulz 6. (ref.): Kuhn-Steinhauer 6. 2. P. Kuhn-Steinhauer 10. — **Christus:** Krüger 10. Cuno 6. 2. P. Gilsher 10. Lich 6. — **Dankes:** Alberti 10. Abramczyk 5 auf dem Friedhof. Nimmerzahl 6. 2. P. Hefelbarth 10. Schaffe 6. — **Dom:** Eichinger 10. Doehring 6. 2. P. Kuhn 10. Mulfinger 4. — **Dorotheenstadt:** Dentel 10. Jahrer 6. 2. P. Schwemmler 10. Dentel 6. — **Zum Heilsfriedt:** Eisenschmidt 10. Gent v. Zuttlichen 6. 2. P. Kuhl 10. Jahrer 6. — **Elias:** Martin 10. Mar 6. 2. P. Wengel 10. Kremer 6. — **Elisabeth:** Kerbler 10. Gilsberg 6. 2. P. Kerbler 10. Kerbler 6. — **Emmaus:** Friede 10. Melching 6. 2. P. Nierhoff 10. Walthoff 6. — **Epiphanien:** Cuno v. Dewitzenitz 10. Nimmerzahl 6. 2. P. Clausmeister 10. Hertel 6. — **Franziskiner:** Friedrichsfeld: Lenzing 10. 2. P. Lenzing 10. — **Heilbronner:** Dentel 10. Hertel 6. — **Hofkirche:** Lauden 10. — **Friedens:** Pfeffenkorn 10. Schierig 6. 2. P. Richter 10. Pfeffenkorn 6. — **Friedrichswerder:** Kiolet 10. Stolzenberg 6. 2. P. Stolzenberg 10. Kiolet 6. — **Gethsemane:** Bieberitz 10. 2. P. Knecht 8. Wenda 10. — **Alte Garnison:** Jenner 10. 2. P. Zeumer 10. — **Neue Garnison:** Roth 10. Jenner 10.

— **Invalidenhaus:** 1. P. Wallis 10. — **Georgen:** Zimmer 6 Freihaustenbrunn. Zenne 10. Zimmer 6. 2. P. Kuntzsch 10. Zenne 6. — **Gethsemane:** Zimmer 10. Wendland 6. 2. P. Wendland 10. Fleischmann 6. — **Gnadenkirche:** Fleischmann 10. 2. P. Kreuzer 10. — **Gnaden:** Dürlieten 10. Haale 6. 2. P. Haale 10. Gerhardt 6. — **Golgatha:** Herbst 10. Gerhardt 6. 2. P. Herbst 10. Gerhardt 6. Heiliger Geist: Breitkopf 10. Kumm 6. 2. P. Kumm 10. Kritzen 6. 2. P. Ungewiß 10. Kruse 6. — **Immanuel:** Rauch 6. Trinitatis. Bonnet 6. Mulsmann 6. 2. P. Spindler 10. Bonnet 6. 2. P. Brandes 10. Gigleich 6. — **Kaiser-Friedrich-Gedächtnis:** Nikolai-Stahn 10. Genz 6. 2. P. Mauff 10. Nikolai-Stahn 6. — **Gedächtnis:** Kumm 10. Genz 10. — **Kapernaum:** Berlin 10. Mahlmann 6. 2. P. Mahlmann 10. — **Königin-Luise-Gedächtnis:** Staehlin 8½. Pfleider 10. Staehlin 10 an der Friedrichstraße. 2. P. Kirch 8½. Staehlin 10. — **Lazarus:** Kracht 10. Eichler 6. 2. P. Kaile 6. Kracht 10. Eichler 6. — **Luisenstadt:** Weber 10. 2. P. Spindler 10. Knecht 6. — **Luisen:** Kraus 10. Stahn 6. 2. P. Luisen 10. Richter 6. — **Magdalenen:** Rhode 6. 2. P. Rhodich 10. — **Passionskirche:** Eisenthal 10. Schmidt 6. 2. P. Thierbach 10. Hahnke 6. — **Petri:** Roths 8. Eisscher 10. 2. P. Eisscher 8. Roths 10. — **Luther:** Wielandt 10. Kluth 6. 2. P. Harder 10. — **Martin:** Gilsberg 10. Kluth 6. 2. P. Kluth 6. 2. P. Gilsberg 10. Kraus 6. — **

Volkswirtschaftlicher Teil.

Freitag, den 18. Mai 1923.

Generalausfuhrbewilligung und Devisenablieferungspflicht.

In den nächsten Tagen wird im Reichsanzeiger die von uns bereits angekündigte Bekanntmachung über die Generalausfuhrbewilligung und die Devisenablieferungspflicht für die ausfuhrfrei gewordenen Waren veröffentlicht werden. Die Bekanntmachung erfolgt nicht in der Form einer Ausfuhrverfügung, sondern in der einer allgemeinen Ausfuhrbewilligung für eine große Reihe von Waren des 1. bis 19. Abschnitts des Zolltarifs. Ueber den Inhalt erfahren wir:

Die Bedingungen, an die die Ausfuhrfreiheit geknüpft ist, sind: Preisfestsetzung in ausländischer Währung, Ablieferung einer Devisenquote von 40% des Ausfuhrwertes an die Reichsbank unverzüglich nach Eingang der Devisen und Abgabe einer Devisenablieferungserklärung. Als ausländische Währungen sind diejenigen folgender Länder zugelassen: England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Spanien, Portugal, Italien, Finnland, Tschechoslowakei, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Kanada, Süd- und Mittelamerika, Japan, China, Persien, Aegypten sowie der Kolonien und Protektorate dieser Länder. Soweit die Zahlung in einer anderen Währung als in der Preisstellung erfolgt, hat die Umrechnung zum mittleren amtlichen Börsenkurse des Zahlungstages oder des der Zahlung voraussehenden Werktages zu erfolgen. Die Devisenablieferungspflicht wird hierdurch nicht berührt. Die Ablieferungspflicht des vorgeschriebenen Mindestbetrages an Devisen entfällt: 1. für die von Händlern gemachten Ausfuhrgeschäfte, bei denen die deutsche Lieferfirma in ausländischer Währung bezahlt wird, und 2. für denjenigen Teil des Exportwertes, der auf Grund des englischen Gesetzes über die 26% ige Abgabe von der Einfuhr deutscher Waren (Recovery Act) einbehalten wird. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung kann allgemein oder im einzelnen Fall das Devisenablieferungsmindestbetrag, von der Devisenablieferungspflicht befreien und die Hinsichtlich des Devisenablieferungssolls eine andere Währung gestatten. Verstoßen gegen die Bestimmung werden nach § 7 der Verordnung über die Aussenhandelskontrolle von 20. Dezember 1919 mit Gefängnis oder Geldstrafe oder einer dieser Strafen belegt; ausserdem wird die Ware beschlagnahmt. Die Bekanntmachung tritt vorausichtlich am 1. Juni 1923 in Kraft.

Die Devisenablieferungserklärung ist in der einfachen Ausfertigung nach einem bestimmten Vordruck auszufüllen und den Versandpapieren beizufügen. Vordrucke sind bei den Handelskammern erhältlich. Die ausgefüllten Erklärungen werden von den Zollstellen an die Prüfungsstellen des Reichskommissars bei den Landesfinanzämtern gesandt. Dort werden sie nach fachlichen Gesichtspunkten geordnet und den Aussenhandelsstellen übermittelt. Diese sollen sie nach Firmen sortieren, für jede Firma das Devisenablieferungssoll feststellen und an der Reichsbank mitteilen. Auf der Devisenerklärung ist auszufüllen: Name und genaue Anschrift der Ausführenden, für die Erfüllung der Devisenablieferungspflicht haftenden inländischen Firma, Wohnort, Strasse, Nummer, Bestimmungsland der Ware, Nummer des Statistischen Warenverzeichnisses, Faktura-Gesamtwert der Sendung in der in Rechnung gestellten ausländischen Währung und in Höhe des abzuliefernden Devisenbetrages in der in Rechnung gestellten ausländischen Währung. Die ablieferungspflichtigen Devisen sind der Reichsbank nach Massgabe ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen unverzüglich nach Eingang anzubieten. Ermässigt sich der abzuliefernde Devisenbetrag infolge zulässiger Zahlung des deutschen Händlers an den deutschen Lieferer in ausländischer Währung oder wegen Einhaltung der 26% igen englischen Sanktionsabgabe oder infolge besonderer Genehmigung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung, so sind in der Spalte „Bemerkungen" die Gründe hierfür genau anzugeben, gegebenenfalls unter genauer Bezeichnung des Tages und des Geschäftszeichens der besonderen Genehmigung des Reichskommissars.

Der Güterverkehr als Träger des Personenverkehrs.

Der Geschäftsbericht der Lübeck-Büchener Eisenbahn Gesellschaft für 1922 gibt ein bezeichnendes Bild der derzeitigen finanziellen Lage der deutschen Eisenbahnunternehmungen. Das Unternehmen musste im wesentlichen der Tarifpolitik der Reichseisenbahn folgen und entsprechend für alle dem Güterverkehr durch Tariferhöhungen belasteten. Durch die zur unvermeidlich erfolgenden Erhöhung der Personentarife erwuchs der Gesellschaft ein Verlust aus dem Personenverkehr von mehr als 400 Mill. M., so dass nicht weniger als ein Drittel der Güterverkehrseinnahmen für diesen Ausfall beansprucht wurden. Demgegenüber führen die niedrigen Tarife zu bisher ungeahnten Beförderungsziffern im Personenverkehr; die Steigerung beträgt gegen das Vorjahr 18,2 %. Im Güterverkehr wurden 6,8 % mehr befördert. Die Betriebseinnahmen stellten sich auf 1556,1 (1192) Mill. M., der Betriebsüberschuss auf 387,0 (13,9) Mill. M. In Verschlag wurden 8 % Dividende wie im Vorjahre gezahlt. Die Einnahmen betrugen u. a. rückständige Einnahme 1624,3 (139,9) Mill. M. und rückständige Ausgaben 1664,1 (51,4) Mill. M.

Hat Belgien wirklich auf die Beschlagnahme deutschen Vermögens verzichtet? Zu unserer im allgemeinen Teil der Morgenausgabe vom 16. d. M. veröffentlichten Notiz über die Handelskammer-Beschluss, wonach Belgien auf die Beschlagnahme deutscher Vermögens, die ihm nach dem Friedensvertrag zustehe, verzichtet habe, teilt uns der Reichsverband der deutschen Industrie mit, dass die Mitteilung nach seinen Erkundigungen den Tatsachen nicht im vollen Umfange entspricht. Verzichtserklärungen dieser Art sind allerdings bisher schon von zahlreichen Staaten abgegeben worden, nämlich von England, Japan, Tschechoslowakei, Belgien, Italien, Jugoslavien, Peru, Kanada, Neuseeland, Südafrikanische Union. Mit Ausnahme der Erklärungen von England und Peru sind diese Verzichtserklärungen aber in einer Form gehalten, die eine sichere Gewähr dafür, dass die Ausübung der sich aus § 18 ergebenden Rechte seitens der verzichtenden Staaten ausgeschlossen ist, nicht gibt. Ein Beweis dafür ist die Haltung Belgiens bei der Buhrgebietsbesetzung, das sich bei den von ihm ergriffenen Massnahmen gerade auf den erwähnten § 18 bezieht. **Wir müssen vorderhand dringend davor warnen, im Vertrauen auf die Verzichtserklärung dieser Staaten Vermögenswerte dieser Länder zu investieren, falls nicht eine besondere Sicherheit in jedem einzelnen Falle gegeben wird.**

Norwegische Banken unter Staatsaufsicht. Aus Christiania wird uns geschrieben: Es dürfte für die Beziehungen der deutschen Banken zu den norwegischen Banken von Interesse sein ein Verzeichnis der norwegischen Banken zu erhalten, die vor dem 3. Mai dieses Jahres unter staatliche Aufsicht gestellt worden sind: 1. Storages Privatbank, Stavanger, 2. Stavanger Handels- or Industribank, Stavanger, 3. Skienfjordens Kreditbank, Skien, 4. Tønsberg Handels- og Privatbank, Tønsberg, 5. Sandnes Privatbank, Sandnes, 6. Grimstad og Oplands Handelsbank, Grimstad, 7. Opplandske Kreditbank, Hamar, 8. Hoedal Sparebank, Hamarvik, 9. Landsbanken 1/1, Bergen, 10. Romsdals Kreditbank, Aandalsnes, 11. Harstad Sparebank, Harstad, 12. Andresens og Bergen Kreditbank, Kristania, 13. Centralbanken for Norge, Kristania, 14. Stöfdalens Kreditbank, Kristiansund, 15. Laurvigs Privatbank, Larvik, 16. Sandnesjoens Privatbank, Sandnesjoen, 17. Tromsø Handels- og Privatbank, Tromsø, 18. Sortlands Privatbank, Bodø.

Orenstein & Koppel A. G., Berlin.

Vorsichtige Bilanzierung.

Der diesjährige Dividendenvorschlag der Gesellschaft (s. D.A.Z. Nr. 178) von 80% (i. V. 20% plus 20% Bonus) hat sicherlich keinen Anlass zu einer besonderen ablehnenden Kritik. Ein Blick in die Bilanz zeigt jedoch, dass es der Gesellschaft durchaus möglich gewesen wäre, eine zeitgemässe Papiermarkdividende zu verteilen. Die Gesellschaft hat aber vorsichtigerweise auch zu billigen ist, ihr Hauptaugenmerk auf die Konsolidierung ihrer finanziellen Lage gerichtet. So wurden Abbauten und Abschreibungen nach erheblichen Zugängen (so z. B. von 220,43 Mill. M. auf Gebäudekonto) durchweg bis auf 1 M. abgeschrieben. Ferner wurden einem Erneuerungskonto 500 Mill. M. zugeführt.

Ein Ueberblick über die wichtigsten Zahlen der Bilanz im Vergleich zu den beiden Vorjahren gibt die nachstehende Tabelle (in Mill. M.):

	1922	1921	1920
Waren	4 174,86	241,68	77,26
Kassa	400,41	4,99	10,61
Debitoren (einschl. Bankguthaben) . .	11 855,18	534,21	274,88
Forderungen an Tochtergesellschaften . .	2 063,68	21,37	30,76
Kreditoren (einschl. Bankschulden) . .	9 764,46	243,76	193,77
Erhalt. Anzahlungen	6 086,06	188,33	88,34
Guthaben d. Tochtergesellschaften . .	2 811,78	76,95	15,17

Dem Geschäftsbericht seien folgende Ausführungen entnommen: Unsere Herstellungs- und Vertriebsabteilungen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr mit Aufträgen reichlich versehen. Der Gesamtumsatz des Stammunternehmens und der Tochtergesellschaften belief sich auf 25 737,60 Mill. M. gegenüber 1 441,31 Mill. M. im Vorjahre. Diese Steigerung ist auf die Geldentwertung zurückzuführen, die bekanntlich in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres in verschärfter Masse einsetzte. Auch in den Bilanzzahlen kommt, soweit es sich nicht um den der Friedenszeit übernommenen Werte handelt, die Geldentwertung durch Anwachsen der Ziffern zum Ausdruck. Die im Jahre 1921 in Angriff genommenen Erweiterungsbauten und Umbauten in unseren Werksanlagen werden im laufenden Jahre zu Ende geführt werden. Trotz Mangel an Arbeiter in unseren in- und ausländischen Betrieben, einschliesslich der Tochtergesellschaften, beträgt zurzeit rund 11 000, also der Bestand rund 6000. Die durch die Generalversammlung vom 27. November 1922 beschlossene Verdoppelung unseres Grundkapitals ist durchgeführt worden. 16 Mill. M. Vorzugsaktien und nom. 120 Mill. M. Stammaktien, von denen die letzteren für das laufende Geschäftsjahr 1922 voll, die Vorzugsaktien dagegen pro rata temporis der geleisteten Einzahlungen dividendenberechtigt sind, konnten noch im Berichtsjahre durchgeführt und in das Handelsregister eingetragen werden. Demnach beträgt das Grundkapital per 31 Dezember 1922 272 Mill. M., bestehend aus nom. 32 Mill. M. Vorzugsaktien und nom. 240 Mill. M. Stammaktien.

Das Ende der Archimedes A.-G. für Stahl- u. Eisenindustrie, Berlin. In der heutigen ordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, entgegen der ursprünglichen Absicht infolge der einstweiligen Geldentwertung von der Durchführung der Interessengemeinschaft mit der Düsseldorfer Eisenhüttengesellschaft Balcoger und der Hildener Schrauben- und Metallwerke A.-G. Abstand zu nehmen. Es wurde dagegen der mit der Linke-Hofmann Lauchhammer A.-G. in Breslau am 26. April 1923 geschlossene Vertrag betr. Kaufmännischen Uebergang des gesamten Vermögens der Gesellschaft unter Ausschluss der Liquidation an die Linke-Hofmann Lauchhammer A.-G. gegen Gewährung von Aktien dieser Gesellschaft einstimmig genehmigt. Es sollen auf 2000 Linke-Hofmann Aktien 5000 Archimedes A.-G. gewährt werden.

Metallwaaren-Fabrik A.-G. Bacher u. Stein, Berlin. Die Generalversammlung beschloss, von dem verbleibenden Reingewinn von 33 916 715 M. eine Dividende von 100% zu verteilen. In den Aufsichtsrat wurden neu gewählt August Erhardt und Rene Schwarz, Berlin.

Bergbau-A.-G. Witzenhausen in Volpriehausen. Die in Magdeburg stattgefundene Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 7,5 Mill. M. durch Ausgabe von neuenen Verwerungsaktien mit 35% eingezahlt und von einem Konsortenbank übernommen werden. Von ersteren 32,5 Mill. M. werden 10 Mill. den Aktionären 2:1 zu 2500% angeboten und 22,5 Mill. durch ein Bankenkonsortium im Interesse der Gesellschaft zu verwerten. Für 1922 wird eine Dividende von 100% (bisher 0) in Vorschlag gebracht werden.

Deutsche Erdöl A.-G. zu Berlin. Die Gesellschaft veröffentlicht im Anzeigenteil die Abschlussziffern für 1922. Die auf 400% heraufgesetzte Dividende gelangt an den dort angegebenen Stellen seit dem 7. 5. zur Auszahlung.

F. H. Hammersen A.-G., Osnabrück. Für die Generalversammlung werde die Aktienkapital unter Verwerungsaktien mit 35% eingezahlt und von einem Konsortenbank übernommen werden. Von ersteren 32,5 Mill. M. werden den Aktionären 2:1 zu 2500% angeboten und 22,5 Mill. durch ein Bankenkonsortium im Interesse der Gesellschaft zu verwerten. Für 1922 wird eine Dividende von 100% (bisher 0) in Vorschlag gebracht werden.

Deutsche Erdöl A.-G. zu Berlin. Die Gesellschaft veröffentlicht im Anzeigenteil die Abschlussziffern für 1922. Die auf 400% heraufgesetzte Dividende gelangt an den dort angegebenen Stellen seit dem 7. 5. zur Auszahlung.

F. H. Hammersen A.-G., Osnabrück. Für die Generalversammlung werde die Aktienkapital um 7,5 Mill. M. durch Ausgabe von neuenen Verwerungsaktien mit 35% eingezahlt und von einem Konsortenbank übernommen werden. Von ersteren 32,5 Mill. M. werden den Aktionären 2:1 zu 2500% angeboten und 22,5 Mill. durch ein Bankenkonsortium im Interesse der Gesellschaft zu verwerten. Für 1922 wird eine Dividende von 100% (bisher 0) in Vorschlag gebracht werden.

Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff A.-G. Chemische Fabriken, Berlin. Die Gesellschaft veröffentlicht ihre heutigen Abschlussziffern für 1922. Die Dividende von 200% ist bei der angegebenen Stelle sofort zahlbar gestellt.

Pommersche Credit-Anstalt. Die Tagesordnung der auf den 12. Juni anberaumten Generalversammlung gelangt im heutigen Anzeigenteil zur Veröffentlichung.

„Standard" A.-G. für xorstindustrie in Wien. Aus Wien berichtet unser L.-Korrespondent: Dienstag, den 15. Mai, fand die konstituierende Generalversammlung der „Standard" Aktiengesellschaft für Forstindustrie statt. Das Aktienkapital beträgt 5 Mill. Kronen. Der Sitz der Gesellschaft ist Wien. Dieselbe bezweckt die Verwertung der Sägen-Holzumsätze, nahmentlich des Geschäftes des ehemaligen Oesterreichingarn. In die konstituierende Generalversammlung wurden zu Verwaltungsräten gewählt: Herren: Dr. Anton Apold, Generaldirektor der Oesterreichisch Alpine Montangesellschaft, Direktor Johannes Ritter von Chlumecky, Ing. Hermann Klimpfinger, Wilhelm Kux, Direktor der s. c. Eisenpapiergesellschaft, Wien, Direktor Felix Seiler, Amsterdam (zum Präsidenten), Adolf Winkler, Grossdrundbesitzer, Linz, Josef Wenz, Industrieller, Wien. Zu Revisoren der Verwaltungsrates wurden Direktor Busch und Ing. Klimpfinger bestellt und als leitender Direktor Kommerzialrat Ing. Georg Franz bestellt.

Ausbeute in der Kalliindustrie. Die Gewerkschaft Immenrode verteilt an die aus Mitgliedern bestehende Genossenschaft eine Ausbeute von 5000 M. auf den Kux. Der Verkehrsausschuss der am Handel mit Kuxen und amtlich nicht notierten Werten beteiligten Bankiers aus Westfalen und Westfalens erklärt diese Ausbeute als unregelmäßig und setzte den Fälligkeitstag auf den 15. Mai fest.

Dividendenvorschläge.

Kölnische Gummifädenfabrik vorm. Ferd. Kohlstadt & Co. 50 Goldprozent auf die Aktie von 1200 M. bei heutigem 700fachen Goldankaufspreis der Reichsbank (i. V. 25 %); Kapitalerhöhung, deren Summe noch nicht feststeht.

Leopold David u. Co. in Altena 50 %.

Berliner Börse vom 18. Mai.

Stürmische Aufwärtsbewegung.

Besuch und Geschäft der Börse liessen nichts von der Nähe der Feiertage spüren. An allen Märkten drängten sich Spekulanten und Spekulationen. Der Aussere politische Druck und die innere Gärung verschärfenden die Flucht aus der Mark. Das teuere und knappe Geld gilt keine Rolle, die Devisen- und Effektenkäufer zahlen für Darlehen willig jeden Preis. In gleichem Schritt mit der Dollarpanik schnellen die Kurse der Wertpapiere sprungweise empor. Besonderes Interesse zeigt sich für Elektrizitätsaktien, von denen „A. E. G." unter Aufwärmung alter Fusionsgerüchte in ausserordentlich hohen Summen umgesetzt werden. Zugunsten der Bankaktien wird die bevorstehende Bekanntgabe der Jahresabschlüsse und der gegenwärtige Flotte Geschäftsgang angeführt. Montanwerte beleben höher. Valutapapiere werden weiter Bezugsrechte gewährt. Die Tagriffe von deutschen Besitzern realisiert, aber vom Ausland zu ansehnlichen Kursen aufgekauft.

Bemerkenswert erscheinen sich das Geschäft in Bagdadanleihe II. in der letzter Börse bereits sprunghaft auf 115 000 gesteigert war, heute dort sich fast verdoppelten auf 220 000. Ferner Zolltürken stürmisch gefragt, + 20 000 (115 000), später leicht abgeschwächt, 110 000. Türkenlose erreichten 300 000 Mark, Macedonier 30 000 (90 000), Anatolier + 75 000 (350 000), do. II. + 45 000 (290 000), Lombarden - Prioritäten + 19 000 (100 000), do. neue + 19 000 (95 000). Charakteristisch ist dagegen der Rückgang der Canadas-Zertifikate, für die erste Abgabe vorhanden sind, wegen der Beschlagnahme-Befürchtung (von 199 000 auf 125 000); auch Olavi schwächer, weil bereits zu zogen nur schlossen sich nicht an. Sehr fest im Preis 370 000 an. Sehr fest gingen wieder Montanwerte, sowohl westliche wie schlesische. Harpener erreichten einen Stand von 400 000 (+ 75 000), Gelsenkirchen 340 000 (+ 18 000), Deutsch Luxembourg 250 000 (+ 11 000), Bochumer 365 000 (+ 59 000), Hohenlohe 123 000 (+ 30 000), Laurahütte 134 000 (plus 25 000), Caro 124 000 (+ 12 000). Kaliwerte, schlossen sich nur teilweise der Festigkeit an. Von Braunkohlenwerten gewann Deutsch 20 000 (+ 5 000), dagegen lagen Rheinische Braunkohlen fest, + 25 000 (156 000). Ilse + 25 000 (105 000). Auch weitere Werten seien erwähnt Anglo-Guano + 30 000 (175 000), Goldschmidt + 15 000 (20 000), von Elektroschmidt + 15 000 (20 000), von Elektro Lieferungen + 15 000 (68 750), Felten & Guilleaume 100 000 (+ 11 000), Schuckert + 13 000 (175 000), von Waggonwerten Görlitzer Waggon + 9000 (64 000), von Maschinenfabriken Orenstein & Koppel + 20 000 (+ 21 000), dagegen Hugo Schneider + 20 000 (100 000), auch Stöhr gedrückt, — 6000 (275 000), letztere auf die Dividende. Schiffahrtsaktien und Bankaktien folgten der Aufwärtsbewegung mit kleineren Gewinnen bei rührigerem Geschäft.

Der Einheitsmarkt tendierte bei stärkstem Geschäft ausserordentlich fest. Bevorzugt waren weiter Hotelaktien so z. B. Kaiserhof plus 35 000. Ferner waren u. a. höher: Eintracht Braunkohlen plus 15 000, Deutsche Tonröhren plus 4500, Iseleroch plus 3500, Amme Giesecke u. Konegen plus 3000; schwächer dagegen Girmes — 5000 %.

Amtlich nicht notierte Werte.

Die nachstehende Tabelle enthält die in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vorbörslich gehandelten Werte.

Accumulatoren Hagen	14500	14000
Kunstseide	14500	14000
Adler u. Oppenheimer	4900	4500
A. G. Mosaikbodenbau	14000	16000
Alkaloid Tel.	13000	12000
Alemania Tel.	4000	4000
Allg. Kunstseide	22000	22000
Allh. Amb. Film	22000	
Anhalt	2000	
Apollo Werke		
Becker Stahl	32000	38000
Becker Stahl	48000	40000
Bing	16000	
Bis. Bhrl. Ind.	16000	
Bis. Bucr Verl.	16000	
Bis. Kunstseide	18500	19500
Bremer Wolle	14500	
Brw. Beuel	14500	
Brw. Ehrich	14000	
Germ.	1000	
Brown Boveri	13500	14000
Chem. Fur. Lindes		
Christ Danzig	47000	48000
Bosch Eisenwerk	22000	22000
Deutsch. Landmilch	15000	13500
Deutsch. Ton	82000	75000
do. Wolledeff	40000	42000
Deutsch. Erdöl	24000	
Deutsc. Portlandzement	65000	72000
Dessauer Gas	16000	
Dt. Kunstseide	10000	12250
Eschwege Tel.	12000	12000
Finsch	42500	45000
Karw.	6500	6500
Fr. Kunst. Gum.	11000	11000
Fr. Kosch Schiffbau	45000	46000
Gebr. Gothaer Bank	12000	12000
Lauterbg. S.	8000	8500
Lauterbg. Wolle	30000	28 000
Lindner Autos	1500	1500
Neckarbrl. Eisen	14000	14000
Nassau Jagerei	900	8000
Neckarsulm Fahrz.	11000	11000
Marlies u. Bhrl.	25000	32000
Mann. Bhrl.		
Mch. Trockenm.	7000	8200
Mannesmann Röhren	6000	7000

Die Geschäftstätigkeit war sehr stürmisch, die Tendenz fest. Von Valutawerten waren die Wertsteigerungen bedeutend. Montanwerte bevorzugt. Stark gefragt waren Petroleumaktien, insbesondere junge Dominium Aktien, Deutsche Erdöl, Rumänen erscheinen höher. Ver. Chemische Zeitz, Julius Schöl und Eisenmathes, aber schwächer dagegen Ilse und Bergbau. Für Bankaktien Gerüchte von einem ungünstigen Abschluss.

Bezugsrecht. Mit Rücksicht auf die Verlegung der Dösentage ist die Frist für die Ausübung des Bezugsrechts auf junge Aktien der Baugewerbe bis Montag, den 28. Mai verlängert worden. Das Bezugsrecht wird vom dritten Mai bis einschliesslich 28. Mai an der Berliner Börse mit Notiz gelangen. Am gleichen Tage wird auch die Bezugsrecht Aktiente Volksnotdet Porzellanfabrik A.-G. erstmalig notiert.

Hamburger Börse vom 18. Mai.

	18. 5.	16. 5.
S.-Amerika-Linien	10000	9000
Ostasiatische	14000	21000
Schiffahrt Bremen	4000	
Fiens Bremen	4000	
Vorwärts Bremen	4000	
Vereins Bremen	45000	46000
Bremer Wolle		
Bremer Hansa		
Bremer Vulkan	9700	10000
Bremen. Gas	15000	14000
Bremen. Ver. Fl.	15000	14000
Dtsch. Ost. Bank	15000	14000
Dtsch. Bank	16000	16000
Dtsch. Hypo. Bank	14000	14000
Dtsch. Reichsbank	14000	14000
Dtsch. Ver. Bank	14000	14000
Hansa Bank	14000	14000
Hamburg Ver.	14000	14000
Hamburg Hypo.		
Nordd. Bank	14000	14000
Nordd. Ver. Bank	14000	14000
Nordd. Lloyd	14000	14000
Hapag	14000	14000
Hansa Dampf.	14000	14000
Kaffee Rosenhof	14000	14000
Kaffee Burg	14000	14000
Kaffee Hansa	14000	14000
Kaffee Ostasien	14000	14000
Kaffee Welt	14000	14000
Kaffee Ostafrika	14000	14000
Kaffee Kontor	14000	14000
Kaffee Tee	14000	14000
Kaffee Tee Ostasien	14000	14000
Kaffee Tee Welt	14000	14000
Kaffee Tee Hansa	14000	14000
Kaffee Tee Burg	14000	14000
Kaffee Tee Rosenhof	14000	14000
Kaffee Tee Ostafrika	14000	14000
Kaffee Tee Kontor